

Sparda-Bank Südwest eG

Geschäftsbericht 2025

sparda-sw.de

Sparda-Bank





Inhalt

4	Da, wenn's zählt
6	Tradition mit Zukunft
10	Gemeinsam stark und engagiert
14	Digitalisierung mit Herz und Verstand
17	Lagebericht 2025
18	Grundlagen der Bank
18	Wirtschaftsbericht
32	Erklärung zur Unternehmensführung
33	Risiken der künftigen Entwicklung
39	Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken
43	Bericht des Aufsichtsrats
45	Jahresabschluss 2025
67	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
75	Impressum

Auch wenn in diesem Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit teilweise ausschließlich die männliche und/oder weibliche Form verwendet wird, gelten jegliche Personenbezeichnungen gleichermaßen für alle Geschlechteridentitäten.

Da, wenn's zählt

**Für Menschen,
nicht für Märkte**

Liebe Leserinnen und Leser,

das Geschäftsjahr 2025 liegt hinter uns. Im Lagebericht und den darauffolgenden Seiten finden Sie die wichtigsten Zahlen und Fakten zur Entwicklung unserer Bank. Doch das, was uns als Sparda-Bank Südwest ausmacht, geht weit darüber hinaus.

Unser Motto „**Für Menschen, nicht für Märkte**“ ist mehr als ein Leitsatz. Es ist unser Anspruch, unsere Markenwerte für unsere Kundinnen und Kunden, unsere Mitarbeitenden und die Gesellschaft erlebbar zu machen. Diese Werte sind Mut, Regionalität, Verlässlichkeit und Menschsein. Sie sind der Kompass, der uns Orientierung gibt und unser Handeln leitet.



Vorstand der Sparda-Bank Südwest auf dem Tag der deutschen Einheit in Saarbrücken, Oktober 2025.

Von links nach rechts: Frank Jakob, Silke Schneider-Wild, Tobias Meurer und Manfred Stang (Vorsitzender).

Gerade in Zeiten großer Krisen, globaler Unsicherheiten und ständiger Veränderungen ist eine klare Haltung wichtig. Wir blicken zuversichtlich in die Zukunft und sind davon überzeugt, dass wir als starke Gemeinschaft mit Zusammenhalt jede Herausforderung meistern können. In diesem Sinne steht auch die bundesweite Sparda-Kampagne „**da, wenn's zählt**“ in diesem Jahr. Die Aussage zeigt, was den Kern der Sparda-Banken ausmacht: Es geht darum, für die Menschen in jeder Lebenslage ein verlässlicher Partner zu sein.

**Da, wenn's
zählt**

Für unsere Kundinnen und Kunden sind wir in allen Fragen rund um die persönlichen Finanzen da. Von der persönlichen Beratung über unsere kostenlosen Girokonten bis hin zu passgenauen Lösungen für den Vermögensaufbau oder für die Finanzierung individueller Wohnräume: Sie können sich auf uns verlassen! Dazu gehört für uns auch, dort präsent zu sein, wo Sie uns brauchen. Deshalb sind wir sowohl persönlich vor Ort als auch digital für Sie da und entwickeln unser Angebot stetig weiter.

Die Menschen in Rheinland-Pfalz und im Saarland machen unsere Bank zu einer starken Gemeinschaft, die zusammenhält. Wir sind hier fest verwurzelt und soziales Engagement ist uns eine Herzensangelegenheit. Über unsere Stiftung, die in diesem Jahr ihr 25jähriges Bestehen feiert, sowie über unseren Gewinnspaarverein fördern wir zahlreiche Projekte in unserer Region.

Dabei ist die Förderung von Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema für uns und nachhaltiges Handeln ist auch fest in der Unternehmensstrategie unserer Bank verankert. Wir freuen uns sehr, dass wir mit dem NachhaltigkeitsKompass-Gütesiegel 2025 der Beratungsgesellschaft N-Motion ausgezeichnet wurden und uns somit zu den besten zehn Prozent der bewerteten Regionalbanken Deutschlands zählen dürfen (mehr unter sparda-sw.de/nachhaltigkeit).



Ein besonderer Dank gilt unseren Mitgliedern, Kundinnen und Kunden für ihr Vertrauen, unseren engagierten Mitarbeitenden für ihren Einsatz, dem Aufsichtsrat und Betriebsrat für die konstruktive Zusammenarbeit, sowie unseren Kooperationspartnern und Dienstleistern für die verlässliche Unterstützung. Ebenso danken wir dem Verband der Sparda-Banken für die partnerschaftliche Begleitung.

Wir freuen uns darauf, weiterhin gemeinsam mit Ihnen die Zukunft zu gestalten!

Der Vorstand der Sparda-Bank Südwest

Manfred Stang
Vorsitzender

Frank Jakob
stellv. Vorsitzender

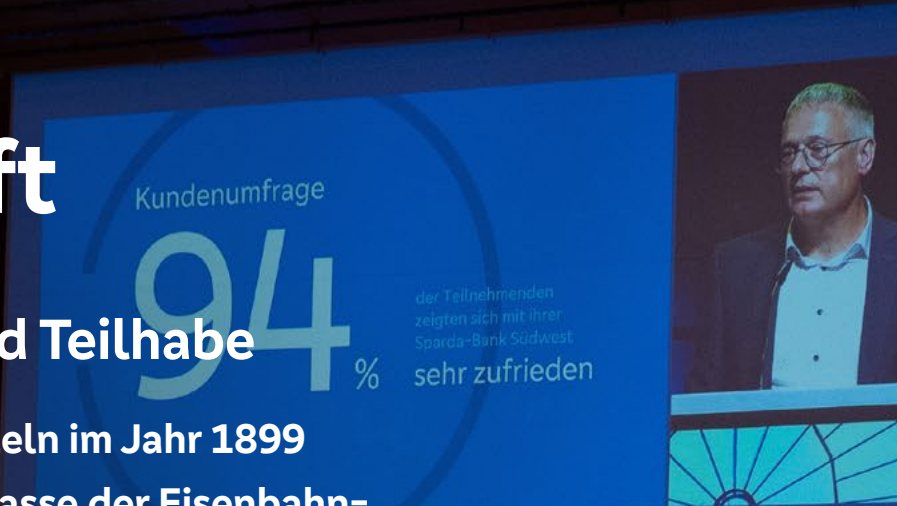
Tobias Meurer
stellv. Vorsitzender

Silke Schneider-Wild

Tradition mit Zukunft

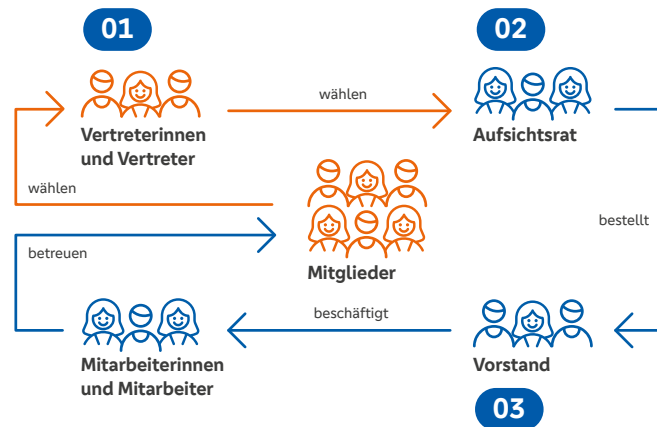
Mitbestimmung und Teilhabe

Unsere Bank hat ihre Wurzeln im Jahr 1899 als „Spar- und Darlehenskasse der Eisenbahnbeamten, Hilfsbeamten und Arbeiter im Eisenbahndirektionsbezirk“. Mehr als 125 Jahre später sind wir unserem Erfolgsmodell Genossenschaft noch immer treu.



So funktioniert unsere Genossenschaft

Unsere Mitglieder können über die gewählten Vertreterinnen und Vertreter die Entwicklung unserer Bank mitgestalten.



01

Vertreterversammlung

Das oberste Organ ist die ordentliche Vertreterversammlung.

Gewählte Vertreterinnen und Vertreter repräsentieren in ihr die Interessen unserer Mitglieder. Sie werden alle fünf Jahre neu gewählt, zuletzt 2025 und bestimmen in wesentlichen Angelegenheiten mit: Sie beschließen unter anderem die Höhe der Dividende, entlasten Vorstand und Aufsichtsrat und wählen neue Mitglieder in das Kontrollgremium der Bank.

Die Mitgliedervertreterinnen und Mitgliedervertreter der Sparda-Bank Südwest trafen sich am 17. Juni 2025 zur ordentlichen Vertreterversammlung in der Saarbrücker Congresshalle. Die Veranstaltung wurde hybrid durchgeführt, so gab es für die Teilnehmenden die Möglichkeit persönlich vor Ort dabei zu sein oder sich online dazuzuschalten.



Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand und überwacht dessen Geschäftsführung.

Unser Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern, ein Drittel davon sind von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank gewählte Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter, zwei Drittel der Aufsichtsratsmitglieder werden von der Vertreterversammlung gewählt. Satzungsgemäß endeten 2025 die Mandate von Ulrich Schmidt, Ernst Scharbach, Thomas Huck und Ulrich Möhler. Alle vier wurden im Amt bestätigt und nahmen die Wahl an.

In seiner an die Vertreterversammlung anschließenden konstituierenden Sitzung wählte der Aufsichtsrat Ulrich Schmidt zum Aufsichtsratsvorsitzenden und bestätigte Michael Hattemer und Hugo Müller als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende im Amt.

Ulrich Schmidt folgt auf Gitta Wild, die nach fünf Jahren an der Spitze des Aufsichtsrats den Staffelstab weitergab. Sie gehört dem Gremium weiterhin an. Vorstand und Aufsichtsrat dankten Gitta Wild für ihren bisherigen Einsatz und gratulierten Ulrich Schmidt zur Wahl.



Mitglieder des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Sparda-Bank Südwest eG:

1. Reihe von links: Michael Schneider, Ralf Damde, Nadine Schwarzkopf, Gitta Wild, Pia Puhl, Uli Möhler
2. Reihe von links: Ernst Scharbach, Ulrich Schmidt, Anna Gabler, Hugo Müller, Thomas Huck
3. Reihe von links: Michael Hattemer, Michael Zapp, Ruben Schölles, Patrick Kockler

03

Vorstand

Der Vorstand leitet die Geschäfte der Bank eigenverantwortlich unter Beachtung von Genossenschaftsgesetz und Satzung.



Mitglieder des Vorstands

Von links nach rechts: Manfred Stang (Vorsitzender), Frank Jakob (stellvertretender Vorsitzender), Silke Schneider-Wild und Tobias Meurer (stellvertretender Vorsitzender)



Gemeinsam stark und engagiert

Vielfalt fördern

Verständnis, Hilfsbereitschaft und Offenheit führen zu einem erfolgreichen Arbeiten, gerade dann, wenn beispielsweise viele Generationen im Team zusammenarbeiten. Als innovativer Arbeitgeber, der auf die Bedürfnisse und Potenziale der Belegschaft eingeht, möchten wir Vielfalt in allen Dimensionen fördern. Gemeinsam gestalten wir eine Bank, die Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern aktiv lebt und fördert. Als klares Bekenntnis hierzu hat Manfred Stang, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Südwest, im Juli letzten Jahres daher die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Damit verpflichtet sich unsere Genossenschaft dem Ziel, ein vorurteilsfreies Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem alle Beschäftigten Wertschätzung erfahren – unabhängig von Alter, ethnischer Herkunft und Nationalität, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, körperlichen und geistigen Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung, sexueller Orientierung und sozialer Herkunft.



Damit sind wir auf einem guten Weg, das zeigt auch die erneut erhaltene Auszeichnung „Great Place to Work®“. Basis für diese Bewertung ist eine anonyme Befragung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir seit 2022 im Zweijahresrhythmus durchführen. Laut des „Great Place to Work®“-Modells machen vor allem drei Aspekte einen guten Arbeitsplatz aus: Beschäftigte vertrauen ihrem Arbeitgeber, sind stolz auf das, was sie tun und haben Freude daran, mit anderen zusammenzuarbeiten. Dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dies so erleben, ist eine großartige Bestätigung.

Betriebsjubiläum

**Zahlreiche langjährige Betriebszugehörigkeiten
zeichnen uns ebenfalls als echte berufliche Heimat aus.**

Wir gratulieren allen Jubilarinnen und Jubilaren 2025:

10 Jahre

Maximilian Bopp, Ricarda Knieper, Guelsen Kus, Nadine Mai,
Fadi Nimer, Silvana Pesce, Giovanni Piscitello, Niklas Ranft,
Eric Recktenwald, Valentin Semenets

25 Jahre

Michael Ardelt, Christoph Arnold, Bettina Brendel, Sabine
Calles, Thomas Clos, Sandra Frick, Katja Graf, Melanie Grötz,
Udo Herbrand, Birgit Jansen, Christian Kasper, Gabi Kern,
Markus Klaumann, Kevin Krause, Michael Lantelme-Geib,
Sabine Liersch, Torsten Ludwig, Markus Meder, Anke Mohr,
Caroline Mulattieri, Susanne Orth, Wolfram Reiter, Andrea
Rommel, Stephan Schlünß, Cathrin Schölch, Nadine Schwarzkopf,
Monika Seitz, Michael Selzer, Petra Steitz, Tanja Weber

30 Jahre

Stefan Ahlert, Michaela Backes, Angelika Belz, Sabine Berthold,
Christiane Damke, Jennifer Ecker, Melanie Ehses, Astrid Feick,
Bernd Geiler, Corinna Höger, Nicole Hombach, Frank Jakob,
Katharina Marchetti, Kerstin Maus, Nicole Meyer, Melanie Mork,
Ellen Müllender, Michaela Münzel, Ute Schnaß-Querbach,
Julia Schneider, Gabriele Schuff, Petra Sieben, Vera Skupin,
Michael Ulbrich, Thomas Wagner, Anja Wendzel-Gemünde,
Bernd Zimmermann

40 Jahre

Andrea Karbach, Ursula Knussmann, Andrea Resch,
Monika Schley

Ausbildung und Austausch

Seit letztem Jahr können unsere Auszubildenden auch in interne Produktions- und Stabsabteilungen außerhalb des Filialbetriebs hineinschnuppern. Das bietet unseren jungen Kolleginnen und Kollegen möglichst viele Perspektiven und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. 2025 gab es außerdem erstmals einen Azubi-Austausch mit der Sparda-Bank West.

Deren Azubis hospitierten im Juli und September jeweils für zwei Wochen in unserer Bank. In dieser Zeit lernten sie unsere Unternehmenskultur kennen, knüpften viele Kontakte und schlossen Freundschaften. Im Oktober ging es dann für viele Azubis unserer Bank zu ihren Tauschpartnern. Dieser lebendige Austausch war für alle eine echte Bereicherung!



Seit 2026 ist neben der Ausbildung zur Bankkauffrau oder zum Bankkaufmann bei der Sparda-Bank Südwest auch ein duales Studium im Fach BWL mit Schwerpunkt Finanzdienstleistungen (Bachelor of Arts) möglich.

Wer sich dafür entscheidet, baut in den Studiensemestern fundiertes Fachwissen auf, welches er in den Praxisphasen bei uns direkt anwenden und vertiefen kann.

Soziales Engagement

Zum Wir-Gefühl trägt auch der gemeinsame Einsatz für eine gute Sache bei. Viele Kolleginnen und Kollegen engagierten sich 2025 freiwillig zum Beispiel im Rahmen der Landesspiele der Special Olympics im Saarland in der „Sparda Family & Friends Lounge“. Sie backten Waffeln, grillten Würstchen und schenkten Kaffee aus. Während der Fernsehsendung Schlager-Spaß mit Andy Borg unterstützten ebenfalls zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparda-Bank ehrenamtlich das Spendentelefon für Herzenssache, die Kinderhilfsaktion von SWR, SR und Sparda-Bank.

Auf dem Kult-Festival Rocco del Schlacko, das im vergangenen Jahr zum letzten Mal stattfand, betreute die Sparda-Crew nicht nur einen Getränkestand, sondern konnte dank einer Kooperation mit dem Saarbrücker Kollektiv Plastikfabrik mit circa 7.000 Bechern und zahlreichen Flaschendeckeln rund 100 Kilogramm Hartplastik für die Weiterverarbeitung einsammeln. Damit wurde zwar nicht das Plastikmüllproblem des Festivals gelöst, aber ein wertvoller positiver Beitrag geleistet. Dies sind nur drei Beispiele für den engagierten Freizeit-Einsatz unseres Team für die gute Sache, den wir gerne unterstützen.



Digitalisierung mit Herz und Verstand



Silke Schneider-Wild, Vorständin der Sparda-Bank Südwest

Um unseren Kundinnen und Kunden noch besseren Service zu bieten, entwickeln wir uns stetig weiter. Das gilt für unsere Filialen vor Ort ebenso wie für unsere digitalen Angebote. So modernisieren wir beispielsweise im Rahmen des Projekts „Filiale der Zukunft“ Schritt für Schritt unsere Filialen. Erweitert haben wir auch die Möglichkeit der Bargeldversorgung. Unsere Kundinnen und Kunden können nun zusätzlich das BankCard ServiceNetz nutzen und so an mehr als 14.000 weiteren Geldautomaten, beispielsweise bei Volks- und Raiffeisenbanken, kostenfrei Bargeld abheben. Mit unseren SelfServices bieten wir rund um die Uhr die Gelegenheit, Bankgeschäfte online zu erledigen. Um unsere Dienstleistungen und Services noch smarter und kundenfreundlicher zu gestalten, beziehen wir auch Künstliche Intelligenz (KI) in die Optimierung mit ein.

Im Interview mit unserem Vorstandsmitglied Silke Schneider-Wild fragen wir nach, welche Bedeutung KI für die Sparda-Bank Südwest hat. Silke Schneider-Wild gehört seit Mai 2024 zum Vorstandsteam der Bank und verantwortet die Bereiche Digital Solutions, Helpdesk, Informationstechnologie, Organisation, Passivmanagement und Zahlungsmanagement.

Frau Schneider-Wild, Künstliche Intelligenz (KI) ist in aller Munde. Wie sehen Sie den Einsatz von KI in unserer Bank?

Künstliche Intelligenz ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, mit dem wir den Alltag unserer Kundinnen, Kunden und Mitarbeitenden erleichtern möchten. Als regionale Genossenschaftsbank stehen wir für Nähe, Vertrauen und Verlässlichkeit. KI kann uns dabei helfen, Abläufe effizienter zu gestalten, Routineaufgaben zu automatisieren und die Qualität unserer Dienstleistungen zu verbessern.

Wichtig ist uns dabei ein klarer Grundsatz: Technik soll den Menschen unterstützen, nicht umgekehrt. Deshalb prüfen wir sehr genau, wo KI einen echten Mehrwert bietet – zum Beispiel, wenn Anfragen schneller bearbeitet oder Informationen besser bereitgestellt werden können.

Viele Menschen haben Sorge, dass KI Arbeitsplätze ersetzt. Wie gehen Sie mit diesem Thema um?

Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst – bei unseren Mitarbeitenden ebenso wie bei unseren Kundinnen und Kunden. KI verändert Arbeitsabläufe und Aufgabenprofile, das blenden wir nicht aus. Unser Ziel ist es jedoch, KI so einzusetzen, dass sie entlastet und unterstützt.

Das bedeutet: KI übernimmt vor allem wiederkehrende oder zeitintensive Tätigkeiten, etwa das Sortieren von Dokumenten oder die Vorprüfung von Unterlagen. So gewinnen unsere Mitarbeitenden Zeit für das, was uns als Genossenschaftsbank besonders wichtig ist: persönliche Beratung, Zuhören und individuelle Begleitung in finanziellen Fragen. Wo Prozesse sich verändern, setzen wir auf Qualifizierung und Weiterentwicklung – und auf den offenen Dialog über die nächsten Schritte.

Wie profitieren die Kundinnen und Kunden konkret von KI?

Unsere Kundinnen und Kunden sollen KI vor allem als spürbare Serviceverbesserung erleben. Beispiele sind etwa eine schnellere Bearbeitung von Standardanfragen, die automatisierte Prüfung bestimmter Unterlagen oder eine bessere Erreichbarkeit bei allgemeinen Anliegen.

Dadurch können wir auf Wünsche und Bedürfnisse häufig zügiger reagieren und unsere Angebote näher an der jeweiligen Lebenssituation ausrichten – sei es beim Konto, bei der Finanzierung oder bei der Vorsorge. Die persönliche Beziehung von Mensch zu Mensch bleibt dabei im Mittelpunkt: KI unterstützt unsere Teams im Hintergrund, damit sie mehr Zeit und Energie für die persönliche Beratung haben.

Welche Rolle spielt der Mensch in einer zunehmend digitalen Welt?

Auch in einer zunehmend digitalen Welt bleibt der Mensch die entscheidende Instanz. Unsere Mitarbeitenden ordnen technologische Möglichkeiten ein, setzen Grenzen und treffen Entscheidungen im Sinne unserer Kundinnen und Kunden. KI liefert Daten, Analysen und Vorschläge – doch bewertet und verantwortet werden diese von Menschen, mit ihrer Erfahrung, Kompetenz und Empathie.

Nur so entfalten digitale Lösungen ihren echten Mehrwert. Entscheidung und Verantwortung liegen am Ende immer bei unseren Mitarbeitenden. KI hilft uns, unsere Werte – Mut, Regionalität, Verlässlichkeit und Menschlichkeit – auch im digitalen Raum zu leben und weiterzuentwickeln. Dazu gehört für uns auch ein verantwortungsvoller Umgang mit Daten und eine sorgfältige Auswahl der Anwendungen, die wir einsetzen.

Was möchten Sie unseren Mitarbeitenden und Kundinnen und Kunden zum Thema KI mit auf den Weg geben?

Es ist normal, dass neue Technologien Fragen und auch Unsicherheit auslösen. Uns ist wichtig, diese Fragen offen anzusprechen und gemeinsam Antworten zu finden. KI eröffnet uns viele Chancen – zum Beispiel, schneller zu reagieren, transparenter zu informieren und Beratungszeiten gezielter dort einzusetzen, wo sie am meisten Nutzen stiften.

Wir bleiben unseren Prinzipien treu: Technik für den Menschen. Dazu gehören Offenheit, kontinuierliche Weiterbildung und ein verantwortungsvoller Einsatz neuer Technologien. Wir möchten den Wandel aktiv gestalten und unsere Kundinnen, Kunden und Mitarbeitenden dabei mitnehmen. Nur gemeinsam können wir die Zukunft unserer Bank so entwickeln, dass sie sowohl erfolgreich als auch menschlich bleibt.

*Herzlichen Dank
für das Gespräch!*





Lagebericht 2025

Lagebericht 2025

- I. Grundlagen der Bank
- II. Wirtschaftsbericht
- III. Erklärung zur Unternehmensführung
- IV. Risiken der künftigen Entwicklung
- V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Lagebericht 2025

I. Grundlagen der Bank

Die Sparda-Bank Südwest eG wurde im Jahr 1899 als Spar- und Darlehenskasse von Eisenbahnern gegründet. Sie ist heute eine regionale Genossenschaftsbank und spezialisiert auf Privatkunden. Ihr Geschäftsgebiet umfasst im Wesentlichen Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Sie gehört zu den mitgliederstärksten Genossenschaftsbanken in Deutschland. Kundinnen und Kunden, die gleichzeitig auch Mitglied werden, haben ein Mitspracherecht und sind Teil einer großen Gemeinschaft. Mitbestimmung ist die Grundidee einer Genossenschaft. Zu unseren Werten gehören Mut, Regionalität, Verlässlichkeit und Menschsein. Aufgrund ihrer genossenschaftlichen Struktur agiert die Sparda-Bank Südwest eG schon immer nach ökonomischen, ökologischen und sozialen Grundsätzen mit dem Ziel der langfristigen und nachhaltigen Erfolgs- und Existenzsicherung. Der Unternehmenszweck der Genossenschaftsbank ist die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder.

Zum Kerngeschäft der Bank zählen alle Finanzdienstleistungen rund um die Bedürfnisse privater Kundinnen und Kunden. Ein Schwerpunkt liegt auf der Finanzierung von privatem Wohneigentum.

Die Organe der Bank sind die Vertreterversammlung (306 Mitgliedervertreterinnen und -vertreter, Stand 31. Dezember 2025), der Aufsichtsrat (15 Mitglieder, davon 5 Arbeitnehmervertreter) sowie der Vorstand. Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2025 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 19,5 Mio. EUR verbunden.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Finanzmärkte im Jahr 2025

Wirtschaft stabilisiert sich

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 %, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 % beziehungsweise 0,5 % gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 % verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 % und damit in gleichem Maße wie 2024.

Globale und inländische Faktoren verhindern Erholung

Zwar hatte sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgeheitert, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten – unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik – und anhaltenden inländischen Strukturproblemen – wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit – dämpfte die Konjunktur.

Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

Weiter steigende Konsumausgaben

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Zwar legte der Privatkonsum preisbereinigt mit 1,6 % deutlich stärker zu als 2024 (+0,5 %). Besonders für Gesundheit (+3,8 %) wurde mehr Geld ausgegeben als zuvor. In anderen Konsumbereichen wie etwa bei Nahrungsmitteln (+1,0 %) sowie bei Gastronomie und Beherbergungsdienstleistungen (-0,2 %) verlief die Entwicklung jedoch weniger dynamisch. Allgemein dämpften hohe Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung, schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragssätze die Ausgabenbereitschaft.

Verglichen mit dem Privatkonsum expandierten die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates ebenfalls solide, aber mit 1,3 % etwas schwächer. Treibende Faktoren waren hier unter anderem die weiter zunehmenden Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich. Insgesamt lieferten die Konsumausgaben mit 1,1 Prozentpunkten abermals den größten Wachstumsbeitrag zum Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Rückläufige Anlageinvestitionen

Das Investitionsklima blieb trübe. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung in der Industrie, der strukturellen Standortschwächen sowie der enormen geo- und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten wurde erneut weniger in Ausrüstungen investiert. Der Rückgang der preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen (-1,9 %) fiel gleichwohl schwächer aus als im Vorjahr (-5,4 %). Die Bauinvestitionen verminderten sich ebenfalls weniger deutlich als zuvor (-0,6 % nach -3,4 %). Die Baukonjunktur zeigte sich dabei weiterhin gespalten. Während die preisbereinigten Investitionsausgaben im Wohnungsbau trotz gesunkener Finanzierungskosten und gestiegener Realeinkommen der Privathaushalte nochmals zurückgingen, gelang dem Wirtschaftsbau mit dem Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen bereits eine Trendwende nach oben. Die öffentlichen Bauinvestitionen legten erneut zu, befördert durch bereits länger geplante Infrastrukturmaßnahmen. Alles in allem sanken die Bruttoanlageinvestitionen um 0,2 % und übten damit einen minimal negativen Wachstumsimpuls auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Dem stand jedoch ein kräftiger Wachstumsimpuls vonseiten der Vorratsveränderungen (+0,7 Prozentpunkte) gegenüber, da viele Unternehmen im Zuge der unerwartet langanhaltenden Nachfrageschwäche offenbar mehr produzierten als absetzen konnten.

US-Handelspolitik belastet Außenhandel

Der Außenhandel wurde maßgeblich durch die protektionistischere Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump bestimmt. Bereits im Januar kündigte Trump neue US-Importzölle an. Ab Februar führte er dann Zusatzzölle auf Warenimporte einzelner Staaten sowie verschiedener Produktgruppen – darunter Stahl, Aluminium und Autos – ein, was teilweise handelspolitische Gegenmaßnahmen nach sich zog. Einige dieser Zölle wurden zeitweise ausgesetzt oder nach Abschluss von Handelsabkommen verringert. Insgesamt belastete die unberechenbare US-Handelspolitik den Welthandel spürbar.

Angesichts des Gegenwinds von Seiten der US-Handelspolitik, sowie weiterer Belastungsfaktoren, wie der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und der stärkeren Konkurrenz durch chinesische Produkte, gingen die deutschen Exporte 2025 preisbereinigt nochmals zurück. Mit einer Veränderungsrate von -0,4 % fiel der Exportrückgang aber weniger deutlich aus als im Vorjahr (-2,1 %). Die Importe, die 2024 noch um 0,6 % gesunken waren, legten hingegen um kräftige 3,6 % zu. Sie wurden durch die robusten Konsumausgaben und durch die staatlichen Rüstungsinvestitionen gestützt. Der Außenbeitrag verminderte das gesamtwirtschaftliche Wachstum daher nochmals merklich.

Gleichbleibende Defizitquote

Um die angestrebte Erhöhung der Staatsausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz zu ermöglichen, wurden die deutschen Fiskalregeln gelockert und die Kreditspielräume erheblich erweitert. Allerdings traten 2025 nur einige der geplanten Fiskalmaßnahmen in Kraft, darunter verteidigungsbezogene Transfers an die Ukraine, sodass die Ausgaben nur moderat stiegen. Die staatlichen Einnahmen legten im Vergleich zu den Ausgaben etwas schwächer zu, trotz gestiegener Sozialversicherungsbeiträge und eines höheren Steueraufkommens. Vor diesem Hintergrund verharrte die Defizitquote auf ihrem Vorjahreswert von 2,7 %. Die Maastricht-Schuldenquote dürfte hingegen etwas gestiegen sein, von 62,5 % Ende 2024 auf etwa 63 % Ende 2025. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2025 werden voraussichtlich Ende April 2026 verfügbar sein.

Schwacher Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleister merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 Menschen auf knapp 46,0 Millionen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich auch in der Arbeitslosenzahl wider: Sie nahm leicht zu von rund 2,8 Millionen im Vorjahr auf etwa 2,9 Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0 auf 6,3 %.

Unveränderte Inflationsrate

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2 % zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4 % im September und 1,8 % im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5 % der stärkste Treiber der Gesamtteuerung (2024: +3,8 %). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7 %), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5 %) sowie Gaststättendienstleistungen (+4,0 %) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber um weniger deutliche 1,0 % (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0 % nach +1,4 % im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (-2,4 % nach -3,2 %) dämpfend auf die Gesamtrate aus.

Positive Entwicklung der Finanzmärkte trotz hoher politischer Unsicherheiten und erhöhter Volatilität

Die politischen Unsicherheiten blieben auch im Jahr 2025 erhöht und erreichten sogar neue

Höchststände. Ein wesentlicher Beitrag dazu lag bei der seit Jahresanfang 2025 regierenden US-Administration, die unter anderem durch umfassende Zollandrohungen und -erhebungen gegenüber vielen Handelspartnern für weltweite Verunsicherung sorgte. Auch der weiterhin andauernde Krieg in der Ukraine und die Eskalation des Nahostkonflikts trugen dazu bei. In Frankreich sorgten erneut wackelige Mehrheitsverhältnisse und gescheiterte Regierungen für politische Instabilität. Die neue Bundesregierung in Deutschland und die Ankündigung umfassender Fiskalausgaben wurden an den Finanzmärkten aufgrund positiverer Wachstumsaussichten positiv aufgenommen. Die weiteren Zinssenkungen der Notenbanken und anhaltende Hoffnungen auf Produktivitätseffekte durch Künstliche Intelligenz (KI) sorgten zusätzlich für Kursanstiege. Gleichwohl war die Nervosität der Finanzmarktakteure spürbar. Äußerungen der neuen US-Regierung führten regelmäßig zu hoher Volatilität an den Finanzmärkten. Auch die Ankündigung des chinesischen KI-Startups DeepSeek, deutlich kostengünstiger und effizienter als amerikanische KI-Modelle vergleichbare Ergebnisse liefern zu können, sorgte für drastische Marktbewegungen und führte beim amerikanischen Chiphersteller Nvidia zu einem Rückgang des Börsenwerts um knapp 600 Milliarden US-Dollar innerhalb eines Tages – dem bislang größten Verlust eines Unternehmens an einem Tag.

Fortsetzung der geldpolitischen Lockerung

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Auf der anderen Seite des Atlantiks wartete die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte. Auch die Notenbanken in Kanada und im Vereinigten Königreich senkten im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen. Hervorzuheben ist unter den großen Notenbanken die japanische Zentralbank, die angesichts einer sich weiter beschleunigenden Inflation sogar die Zinsen erhöhte – allerdings ausgehend von einem international vergleichsweise niedrigen Niveau.

Geldpolitik steht vor verschiedenen Herausforderungen

Grundlage der fortgesetzten geldpolitischen Lockerung ist ein ausgeglichener Inflationssausblick. Im Euroraum lag die Inflationsrate bereits im Jahresverlauf 2025 in etwa auf Zielniveau, mit einer Jahresrate von 2,1 %. Die für die Geldpolitik relevantere Kerninflationsrate, also die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erwies sich weiterhin als hartnäckig. Im Jahresverlauf 2025 lag diese, getrieben von weiterhin erhöhten Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich, bei 2,4 %. Trotz des weiterhin betonten datengetriebenen „Meeting-by-Meeting“-Ansatzes spielten im vergangenen Jahr auch die Projektionen der EZB zur Inflationsentwicklung im Euroraum wieder eine größere Rolle. Im Dezember 2025 erwartete das Eurosystem eine Teuerungsrate von 1,9 % für das Jahr 2026, gefolgt von 1,8 % und 2,0 % in den beiden Folgejahren. Die Kerninflation dürfte nach den jüngsten Projektionen im Jahr 2026 bei 2,2 % liegen und sich anschließend auf dem 2,0 %-Niveau einpendeln. Damit dürfte das symmetrische Inflationsziel von mittelfristig 2 % in etwa erreicht werden.

In den USA erwies sich die Inflation als hartnäckiger. Die von der Fed besonders beachtete Personal Consumption Expenditure (PCE)-Rate bewegte sich im Jahresverlauf fast seitwärts und lag im Dezember 2025 bei 2,9 %. Die Kerninflation lag zum Jahresschluss bei 3,0 %. Im Vergleich zu den Januarwerten von 2,6 % (PCE) beziehungsweise 2,8 % (PCE-Kerninflation) ist somit keine Verbesserung eingetreten, und die Inflation befand sich weiterhin deutlich oberhalb des Inflationsziels. Entsprechend agierte die Fed vorsichtiger. Die für das duale Mandat gleichermaßen entscheidende Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigte im Jahresverlauf leichte Schwächeanzeichen, was die Fed schließlich zu Zinssenkungen veranlasste.

USA: Fed sieht sich politischen Angriffen ausgesetzt

Die US-Notenbank hat im Jahr 2025 ihre geldpolitische Lockerung trotz eines Inflationsniveaus oberhalb des Inflationsziels fortgesetzt. Neben weiteren Zinssenkungen zählte hierzu auch die Ankündigung, die quantitative Straffung (Quantitative Tightening, QT) im Dezember 2025 einzustellen. Damit ist der Abbau von Beständen an Wertpapieren in der Fed-Bilanz aus früheren Ankaufprogrammen gemeint. Der Leitzins in den USA lag zu Jahresbeginn 2025 in einem Korridor von 4,25 bis 4,5 %. Nach drei Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte in der zweiten Jahreshälfte 2025 lag der Leitzins zum Jahresende in einem Korridor von 3,5 bis 3,75 %. Anders als die EZB mit dem primären Mandat Preisstabilität verfolgt die Fed ein duales Mandat mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung als Zielgrößen. In ihren Begründungen für die geldpolitische Lockerung verwies die Fed auf Schwächen am Arbeitsmarkt, die unter Risikoabwägungen hinsichtlich der beiden Zielgrößen trotz weiterhin erhöhter Inflation geldpolitische Lockerungsschritte angemessen erscheinen ließen.

Für Verunsicherung sorgten die zunehmenden Angriffe der US-Regierung auf die unabhängige Notenbank. Die US-Administration forderte offen deutliche Zinsschritte und versuchte, durch Neubesetzungen sowie juristische Schritte gegen Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums Einfluss auf die Geldpolitik zu nehmen. Während es der Fed bislang gelang, sich diesen Angriffen zu widersetzen, droht bei einer Schwächung der Institution und Zweifeln an der Unabhängigkeit der Geldpolitik eine Beeinträchtigung der geldpolitischen Transmission, eine weiter zunehmende Inflationsrate und höhere langfristige Zinsen.

Europa: EZB im neutralen Bereich angekommen

Auch die EZB setzte ihre geldpolitische Lockerung fort, allerdings – anders als die Fed – in der ersten Jahreshälfte. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das Jahr 2025 mit einem Zinsniveau für die geldpolitisch relevante Einlagefazilität von 3,0 %. Der Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität lag entsprechend bei 3,15 %, der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 %. Nach Zinssenkungen im Februar, März, April und Juni um insgesamt 100 Basispunkte beließ der EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 % (Einlagefazilität), 2,15 % (Hauptrefinanzierungsfazilität) bzw. 2,4 % (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit lag der Zins für die Einlagefazilität im von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 bis 2,25 %. Die Inflationsrisiken schienen sich zuletzt relativ die Waage zu halten: Abwärtsrisiken bestanden etwa durch Rückgänge bei Energiepreisen, eine Aufwertung des Euros, Umlenkungen insbesondere chinesischer Waren durch Handelsbeschränkungen oder eine schwächere konjunkturelle Entwicklung. Aufwärtsrisiken hingegen bestanden durch die Ausweitung der Fiskalausgaben im Euroraum sowie bestehende Kapazitätsengpässe oder geo- und handelspolitische Friktionen, die etwa zu Lieferengpässen oder Restrukturierungen von Lieferketten führen könnten.

Abbau der Anleihebestände bei der EZB wurde fortgesetzt

Neben den Zinssenkungen wurde die bereits laufende Bilanznormalisierung durch den schrittweisen Abbau von Anleihebeständen aus dem Anleihekaufprogramm (APP) und dem pandemiebedingten Kaufprogramm (PEPP) fortgesetzt. Die Bestände der APP- und PEPP-Portfolios nahmen kontinuierlich ab, da fällige Anleihen nicht mehr reinvestiert wurden. Zum Jahresende belief sich der Bestand an Wertpapieren aus beiden Kaufprogrammen auf rund 3,7 Billionen Euro.

Anleihemärkte: Grundgesetzänderung sorgt für nachhaltige Renditebewegung

Neben Inflations- und Zinserwartungen sowie der Geldpolitik wirkten im Jahr 2025 vor allem auch politische Ereignisse auf die Anleihekurse. Im Februar sorgten die Neuwahlen in Deutschland und die Ankündigung eines umfassenden fiskalischen Ausgabenpakets für Verteidigung, Infrastruktur und

Klima für einen deutlichen Anstieg der zehnjährigen Bundrenditen um etwa 30 Basispunkte. Damit verbunden sind erwartete positive Wachstumsimpulse, die zu höheren langfristigen Realzinsen führten. Der Anstieg führte auch in weiteren Ländern des Euroraums zu Renditeanstiegen, sodass die Zinsaufschläge zunächst weitgehend unverändert blieben. Die Zinssenkungen der EZB am kurzen Laufzeitende sorgten für einen steileren, positiven Verlauf der Zinsstrukturkurve. Die zehnjährige Bundrendite startete bei 2,36 % ins Jahr und stieg mit der Ankündigung des Fiskalpakets bezogen auf Schlusskurse kurzzeitig auf knapp 3 %, bevor sie sich nach einem Rückgang im Bereich von etwa 2,7 % einpendelte. Zum Jahresende folgte ein kleiner Anstieg und die Renditen lagen zum Jahresschluss bei 2,85 %. Die Zinsaufschläge zu zehnjährigen Bundesanleihen für französische Papiere lagen durch die politisch instabile Lage in Frankreich im Bereich von etwa 70 bis 80 Basispunkten. Damit lagen sie zum Jahresende seit Längerem erstmals wieder höher als die für italienische Papiere, die zum Jahresultimo bei etwa 65 Basispunkten lagen.

Renditestruktur am Anleihemarkt bleibt aufwärtsgerichtet

Die Zinsstrukturkurve verlief – gemessen an der Renditedifferenz von Anleihen mit Restlaufzeiten von zehn und zwei Jahren – für deutsche und amerikanische Anleihen weiterhin normal steigend. Im Jahresverlauf hat sich der Renditeabstand weiter vergrößert und lag für deutsche und amerikanische Anleihen zum Jahresende bei etwa 70 Basispunkten. Auch am noch längeren Ende der Zinsstruktur kam es zu einer Ausweitung der Renditeaufschläge: So notierten 30-jährige Papiere in Deutschland gut 60 Basispunkte über zehnjährigen, in den USA belief sich der Aufschlag auf knapp 70 Basispunkte. Eine spürbare Auswirkung auf die Zinsaufschläge hatte der sogenannte „Befreiungstag“ („Liberation Day“) in den USA am 2. April 2025, an dem der US-Präsident umfassende Importzölle gegen nahezu alle Handelspartner der USA verkündete und dadurch panische Reaktionen an den Finanzmärkten auslöste. Vor allem in den USA stiegen die Zinsaufschläge für länger laufende Titel daraufhin teils deutlich an.

Euro wertet gegenüber Handelspartnern deutlich auf

Die europäische Gemeinschaftswährung startete mit einem Kurs von 1,0355 US-Dollar in das Jahr 2025 und tendierte in den ersten Handelswochen eher seitwärts. Die Ankündigungen des deutschen Fiskalpakets im März 2025 und der amerikanische „Befreiungstag“ im April sorgten für eine nachhaltige Aufwertung des Euros. Bis Juli 2025 hielt die Aufwärtsbewegung an, bevor der Euro-US-Dollar-Wechselkurs in eine Seitwärtsbewegung überging, in der er mit leichten Schwankungen bis zum Jahresende verblieb. Zum Jahresschluss kostete ein Euro 1,1745 US-Dollar. Die Stärke des Euros beschränkte sich dabei nicht auf den US-Dollar. Der effektive Wechselkurs des Euros gegenüber den 41 wichtigsten Handelspartnern erreichte im vergangenen Jahr ein Allzeithoch, nahe dem er das Handelsjahr beschloss. Verunsicherung über die erratische Politik in den USA sorgte für Abflüsse aus dem US-Dollar und eine Stärkung des Euros. Auch die veränderten Zinserwartungen sowie die Aussicht und Hoffnung auf weitere Zinssenkungen der Fed trugen zur US-Dollar-Abwertung bei. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des gesamten Euroraums hat sich durch die effektive Aufwertung verschlechtert.

Edelmetalle profitieren in Zeiten hoher Unsicherheit als sicherer Hafen

Das Jahr 2025 war geprägt von geo- und handelspolitischen Unsicherheiten. Unsicherheitsindizes wie der viel beachtete Economic Policy Uncertainty Index erreichten in Deutschland und Europa neue Höchststände, in den USA den dritthöchsten Stand seit der globalen Finanzkrise 2008 sowie der Corona-Pandemie 2020. Diese Unsicherheit ging im vergangenen Jahr insbesondere von den USA und den politischen Ankündigungen sowie Entscheidungen der US-Regierung aus. Besonders profitieren konnten von dieser Unsicherheit und der damit verbundenen Schwächung des US-Dollars Edelmetalle

wie Gold, Silber, Platin und Palladium, die neue Rekordstände erreichten. Der Goldpreis stieg auf Jahressicht um über 60 % und überschritt erstmals die Marke von 4.000 US-Dollar pro Feinunze. Zum Jahresschluss notierte Gold bei 4.324 US-Dollar. Noch stärker konnte der Silberpreis zulegen, der insgesamt um knapp 150 % stieg, gefolgt von Platin mit rund 120 % und Palladium mit über 70 %.

DAX beendet das Jahr nahe Allzeithoch

Das Jahr 2025 verlief für die Aktienmärkte erneut positiv. Viele wichtige Aktienindizes konnten neue Rekordstände erreichen. Angesichts der anhaltenden Krisenherde wie dem Krieg in der Ukraine oder dem Nahostkonflikt sowie der hohen Unsicherheit durch die Politik der US-Administration übertraf die positive Entwicklung dank Faktoren wie KI-Hoffnungen und expansiver Fiskalpolitik vielerorts erneut die Erwartungen. Der DAX startete mit 19.909 Punkten ins Jahr 2025 und bewegte sich bis zum amerikanischen „Befreiungstag“ in einer Aufwärtsbewegung. Der deutlichen Korrektur im April folgte eine ebenso deutliche Erholung auf über 24.000 Zähler im Mai. In der zweiten Jahreshälfte ging der DAX in eine Seitwärtsbewegung über und beendete das Jahr bei 24.490 Punkten.

„Befreiungstag“ sorgt für kurzfristige Turbulenzen

Die größten Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im vergangenen Jahr wurden vermutlich durch den amerikanischen „Befreiungstag“ am 2. April 2025 ausgelöst. Der US-Präsident kündigte Zölle gegen eine Reihe von Ländern an, die mindestens 10 % auf Importe für alle Länder vorsahen und für einzelne Länder deutlich höher ausfielen. Bezogen auf Schlusskurse gaben in Europa und den USA die Aktienmärkte innerhalb weniger Tage um über 10 % nach. Die Renditen zehnjähriger US-Anleihen stiegen in den darauffolgenden Tagen in der Spitze um mehr als 25 Basispunkte, der Euro wertete um über 2,5 % auf und der Ölpreis fiel angesichts der Aussichten auf eine geringere globale Nachfrage innerhalb weniger Tage um rund 16 %. Zumindest vorübergehend schien das Vertrauen in den Status der US-Währung als sicherer Hafen beschädigt. Üblicherweise wertet der US-Dollar unter Finanzmarktstress auf und US-Anleihen gewinnen an Wert. Die heftige Reaktion der Finanzmärkte gilt aber auch als ein Grund, warum die US-Regierung zeitnah einlenkte und die Zölle nach einigen Tagen wieder aussetzte, um Verhandlungen mit den einzelnen Ländern einzuleiten. Die Ankündigung der Aussetzung der Zölle sorgte für eine deutliche Erholung an den Finanzmärkten mit Kursgewinnen.

Aktienmärkte beenden das Jahr 2025 mit deutlichem Plus und erhöhten Bewertungen

Den Turbulenzen rund um den „Befreiungstag“ folgte weltweit eine Aufwärtsbewegung. Bezogen auf die Schlusskurse erreichte der DAX am 9. Oktober 2025 mit 24.611 Punkten den höchsten Stand des Jahres und schloss das Jahr nur leicht darunter, mit einem Plus von 23,01 % im Jahresvergleich. Auch die europäischen Aktienmärkte beendeten das Jahr mit Gewinnen: Der Euro Stoxx 50 stieg im Jahresverlauf um 18,29 %. Der französische CAC 40 verzeichnete ein Wachstum von 10,42 %, wobei hier die politischen Unsicherheiten um die angeschlagene Regierung belasteten. Der italienische FTSE MIB erzielte ein Plus von 31,47 %. Die amerikanischen Indizes entwickelten sich teilweise etwas schwächer als die europäischen Indizes: Der S&P 500 Composite legte um 16,39 % zu, der Dow Jones Industrial Average stieg um 12,97 %. Der Nasdaq Composite erzielte hingegen, getrieben von KI-Hoffnungen und den großen Technologieunternehmen, einen Zuwachs von 20,36 %. Der britische FTSE 100 legte um 21,51 % zu, der japanische Nikkei 225 stieg um 26,18 %. Die hohen Kursgewinne führten zu erhöhten Bewertungen an den Aktienmärkten. Die Bewertung europäischer Aktien lag dabei über ihrem langfristigen Durchschnitt, während sich die Bewertung amerikanischer Aktien in der Nähe ihrer historischen Höchststände bewegte.

2025 erteilte Baugenehmigungen für Wohngebäude in Rheinland-Pfalz und im Saarland

Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2025 wurden in Rheinland-Pfalz deutlich mehr Genehmigungen zur Errichtung von neuen Wohngebäuden erteilt als im Jahr zuvor. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems stieg die Zahl der Baugenehmigungen im Neubau um 22 % auf 3.718, nachdem in den beiden Vorjahren ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war. Die Anzahl der Wohnungen, die in diesen Gebäuden entstehen sollen, stieg auf 9.856 (plus 23,1 % gegenüber 2024).

Die Zahl der Baugenehmigungen ist im Jahr 2025 somit in etwa wieder auf den Stand des Jahres 2023 gestiegen, aber noch weit von den Ständen Anfang der 2020er Jahre entfernt. Die Baugenehmigungen bilden nur eine Bauabsicht ab. Die Zahlen der Baufertigstellungsstatistik, die Aufschluss darüber geben, wie viele Wohnungen tatsächlich gebaut wurden, werden voraussichtlich im Juni 2026 veröffentlicht.

Die meisten Genehmigungen wurden 2025 – wie für Rheinland-Pfalz üblich – für Einfamilienhäuser erteilt. Deren Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um 24,3 % auf 2.667; bei den Zweifamilienhäusern stieg sie um 22 % auf 482. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser erhöhte sich um 12,2 % auf 569, wobei die Zahl der darin enthaltenen Wohnungen um 22,7 % auf 6.225 stieg.

Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von insgesamt rund 2,7 Milliarden Euro veranschlagt, rund 33 % mehr als im Vorjahr. Betrachtet man die Kosten pro Baumaßnahme, so sind diese im Vergleich zum Vorjahr pro Gebäude um 9 % auf durchschnittlich 721 Tausend Euro und pro Wohnung um 8 % auf durchschnittlich 272 Tausend Euro gestiegen. Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung lag mit 104 Quadratmetern rund 2 % über der Fläche in den Vorjahresgenehmigungen.

Neben den Neubaugenehmigungen wurden im Jahr 2025 noch insgesamt etwa 3.500 Baumaßnahmen (plus 2,2 % zum Vorjahr) am Wohnbaubestand mit gut 2.800 (plus 6,6 %) neu zu errichtenden Wohnungen genehmigt. Die Gesamtzahl der neu genehmigten Wohnungen in Wohngebäuden liegt bei 12.667 (plus 19 % im Vergleich zu 2024). (Quelle: Medieninfo Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz vom 17.02.2026)

Saarland

Im Zeitraum Januar bis Juli 2025 wurden im Saarland 264 Bauanträge für neue Wohngebäude von den Bauaufsichtsbehörden positiv beschieden. Nach Auskunft des Statistischen Amtes des Saarlandes sind in den geplanten Wohngebäuden 678 Wohnungen vorgesehen. Damit hat sich die Wohnungsnachfrage gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 41,0 % erhöht.

Wie das Statistische Amt weiter mitteilt, wird die überwiegende Zahl der Wohngebäude (249 bzw. 94 % der Wohngebäude) mit einer Zentralheizung ausgestattet sein. Damit werden insgesamt 642 Wohnungen versorgt. 24 Wohnungen in 5 Gebäuden werden entsprechend der erteilten Baugenehmigung an eine Fernwärmeversorgung angeschlossen sein.

Bei der vorgesehenen (primären) Heizenergie präferierten die Bauherren in den ersten sieben Monaten die Umweltthermie (Wärmepumpe). Für 226 Wohngebäuden mit insgesamt 453 Wohnungen, was einem Anteil von 67 % entspricht, ist diese Versorgungsmöglichkeit vorgesehen. Mit Strom sollen in 20 Gebäuden 94 Wohnungen (14 %) geheizt werden. Eine Gasversorgung ist in 61 Wohnungen (9 %) geplant.

Insgesamt planen die Bauherren für 155 Wohnungen die Verwendung von konventioneller Energie (Öl, Gas, Strom). Erneuerbare Energie (hierzu zählen Geothermie, Umweltthermie, Solarthermie, Holz, Biogas u. Biomasse) soll in 498 Wohnungen zur Gewinnung von Heizenergie zum Einsatz kommen.

Damit werden 73 % der im Betrachtungszeitraum genehmigten Wohnungsvorhaben mit erneuerbarer Energie beheizt. Bei einer Fernwärmeversorgung sind die Energieträger unbestimmt. (Quelle: Medieninfo Statistisches Landesamt Saarland vom 02.10.2025). Aktuellere Daten lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Geschäfts- und Lageberichtes seitens des Statistischen Landesamtes Saarland nicht vor.

II.2 Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unserer Bank auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamen Leistungsindikatoren, die sich auch aus der Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen:

- Wachstum der bilanziellen Kundenforderungen
- Liquidity Coverage Ratio (LCR)
- Hartes Kernkapital

Diese werden mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwacht.

Die Entwicklung der Leistungsindikatoren im Jahr 2025 wird unter den Ausführungen zur Ertrags-, Finanz- und Liquiditätslage sowie der Entwicklung der Kundenforderungen dargestellt.

Das Wachstum der bilanziellen Kundenkredite definieren wir als Indikator für die Generierung von Erträgen. Für das Jahr 2026 streben wir ein strategisches Wachstum für die bilanziellen Kundenkredite von rund 300 Mio. EUR an. Im Jahr 2025 wurde eine Zielerreichung von rund 135 % zur ursprünglichen Planung realisiert. Das Ist-Wachstum belief sich im Jahr 2025 auf 298 Mio. EUR, geplant waren 220 Mio. EUR.

Um das angestrebte Wachstum der bilanziellen Kundenkredite zu finanzieren, wurden gezielte Maßnahmen zur Stärkung unserer Passivseite implementiert. Dieses Maßnahmenpaket umfasst weitreichende Marketinginitiativen zur Gewinnung neuer Kundinnen und Kunden sowie die Rückgewinnung von Bestandskundenvolumen. Zum Jahresende 2025 war ein deutlich positiver Trend dieser Maßnahmen bereits erkennbar, da wir die bilanziellen Kundeneinlagen im Vergleich zum Jahresende 2024 um 363,2 Mio. EUR steigern konnten und somit unser Planziel (210 Mio. EUR) mit 180 % übererfüllt haben. Im Jahr 2026 planen wir für die bilanziellen Kundeneinlagen ein Wachstum in Höhe von 300 Mio. EUR.

Wir nutzen die Liquidity Coverage Ratio (LCR) als Liquiditätskennzahl zur Sicherstellung der Liquidität der Bank.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die harte Kernkapitalquote.

Für das Jahr 2026 planen wir – wie im Vorjahr – ein Wachstum der Geschäftsguthaben in Höhe von 5,4 Mio. EUR. Im Jahr 2025 ist es uns gelungen, dieses Ziel sogar zu übertreffen. Das Wachstum der Geschäftsguthaben über das Planvolumen betrug 17,8 Mio. EUR im Jahr 2025 und der Zielerreichungsgrad 329 %.

Auf die Entwicklung der Leistungsindikatoren wird in der Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Genossenschaft sowie im Rahmen des Prognoseberichts eingegangen.

II.3 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Südwest eG

Die Geschäftsentwicklung des Jahres 2025 war zufriedenstellend. Die Entwicklung der von uns definierten Leistungsindikatoren stellt sich wie folgt dar:

Das geplante Zusagevolumen der Kundenkredite wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr erreicht. Das bilanzielle Wachstum der Kundenforderungen lag bei 298,2 Mio. EUR bzw. 4,1 %. Wir verzeichnen somit nach wie vor einen erfolgreichen Geschäftsverlauf.

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) betrug zum Jahresultimo 318,55 % (Vorjahr: 248,31 %). Die Liquiditätssituation stellt sich als auskömmlich dar.

Die Bank verfügt über eine gute Eigenkapitalausstattung, die über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen liegt. Das Eigenkapital wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr gestärkt. Die harte Kernkapitalquote belief sich auf 16,61 % und entsprach nahezu dem Planwert von 16,63 %.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 392 Mio. EUR.

Geschäftsvolumen	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Bilanzsumme Bank	11.983.099	11.590.810	+ 392.289	+ 3,4
Außerbilanzielle Geschäfte	536.915	504.183	+ 32.732	+ 6,5

Die außerbilanziellen Geschäfte setzen sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 3.728 TEUR und aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 533.187 TEUR zusammen. Die Steigerung ist in einer stichtagsbezogen höheren Summe an offenen Kreditzusagen begründet.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Kundenforderungen	7.485.769	7.187.563	+ 298.206	+ 4,1
Wertpapiere	2.349.447	2.031.620	+ 317.827	+ 15,6
Forderungen an Kreditinstitute	1.995.620	2.227.684	- 232.064	- 10,4

Das Kundenkreditportfolio setzt sich im Wesentlichen aus mit Immobilien besicherten Krediten an Privatkunden zusammen. Es wurden sowohl Kauf- und Neubauvorhaben als auch Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen finanziert. Der Anstieg der Forderungen an Kunden von 298,2 Mio. EUR resultiert aus Inanspruchnahmen von Kundenkrediten.

Die Summe der neuen Kreditzusagen belief sich 2025 auf 1.128,5 Mio. EUR. Davon waren 1.059,3 Mio. EUR Baukredite und 69,2 Mio. EUR Privatkredite. Die Zusagen für Baukredite lagen um 159,3 Mio. EUR über dem Planwert und die Zusagen für Privatkredite um 14,8 Mio. EUR unter dem Planwert. In Summe wurde das geplante Zusagevolumen für Kundenkredite erreicht.

Die Forderungen an Kreditinstitute liegen aufgrund von Rückzahlungen fälliger Schuldscheindarlehen

um 232,1 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	754.857	778.559	- 23.702	- 3,0
Spareinlagen von Kunden	1.347.019	1.403.161	- 56.142	- 4,0
Andere Einlagen von Kunden	8.872.419	8.453.066	+ 419.353	+ 5,0

Die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultiert im Wesentlichen aus einer stichtagsbezogenen geringeren Höhe liquider Mittel auf unserem Zentralbankkonto.

Die Entwicklung der Kundeneinlagen war im Berichtsjahr 2025 positiv.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	15.472	18.770	- 3.298	- 17,6
Andere Vermittlungserträge	6.813	6.819	- 6	- 0,1
Erträge aus Zahlungsverkehr	29.069	30.304	- 1.235	- 4,1

Im Jahr 2025 führte unser Haus ein neues Depotpreismodell unseres Partners Union Investment ein. In diesem Modell „UnionDepotKomfort“ entfallen Ausgabeaufschläge und werden durch eine jährliche „All in Fee“ ersetzt. Die Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften sind durch die veränderten Vertriebsaktivitäten im Vergleich zum Vorjahr um 17,6 % zurückgegangen. Perspektivisch erwarten wir aus dem neuen Depotpreismodell eine Stabilisierung und Verstetigung der Erträge.

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind im Berichtsjahr 2025 aufgrund des Angebots eines kostenlosen Girokontomodells ebenfalls gesunken.

Investitionen

Im Jahr 2025 haben wir erneut umfangreiche Investitionen zur Modernisierung unserer IT-Ausstattung, der Filialen und Verwaltungsstandorte durchgeführt.

Die Schwerpunkte im Rahmen der IT lagen dabei auf dem Austausch von Cash-Recyclern sowie der Anschaffung von VR-Videoconsult-Geräten zur Verbesserung der Kundenerlebnisse in den Filialen und SB-Stellen.

Bezüglich der Verwaltungsstandorte lag der Investitionsschwerpunkt auf dem Gebäude „Robert-Koch-Straße 45, Mainz“. Hier werden moderne Büroräume geschaffen und eine energetische Sanierung durchgeführt. In Saarbrücken wurde das erworbene Gebäude „Innovationsring 16“ bezogen und mit attraktiven Arbeitsplätzen ausgestattet.

Des Weiteren wurde im Rahmen des Projektes „Filiale der Zukunft“ die Modernisierung unserer Filialen vorangetrieben, um die Attraktivität der Standorte für die Kunden zu erhöhen.

Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der im Jahr 2025 durchschnittlich vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrug 479. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lag bei 244,5. 2025 fingen 20 Auszubildende bei der Sparda-Bank Südwest eG an. 13 Auszubildende beendeten ihre Ausbildung mit der erfolgreichen Abschlussprüfung vor der IHK in Rheinland-Pfalz und der IHK im Saarland. Durchschnittlich wurden 49 Auszubildende beschäftigt.

Im Geschäftsjahr 2025 hat die Sparda-Bank ihre Personalarbeit im Sinne einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Personalstrategie weiterentwickelt. Im Mittelpunkt standen dabei Maßnahmen zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden, zur Förderung der Arbeitgeberattraktivität sowie zur langfristigen Bindung qualifizierter Fachkräfte.

Die bestehenden Instrumente zur flexiblen Arbeitsgestaltung wurden im Berichtsjahr fortgeführt und punktuell weiterentwickelt. Hierzu zählen insbesondere Modelle zur individuellen Arbeitszeitsteuerung sowie zum Aufbau von Zeitguthaben, die eine bedarfsgerechte Nutzung in unterschiedlichen Lebensphasen ermöglichen und damit zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben beitragen.

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement bildet weiterhin einen wesentlichen Bestandteil der Personalarbeit. Die bestehenden Angebote wurden im Jahr 2025 durch zusätzliche Maßnahmen ergänzt. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Durchführung einer unternehmensweiten „Healthy Week“ hervorzuheben, im Rahmen derer den Mitarbeitenden ein strukturiertes digitales Veranstaltungsangebot zu verschiedenen Gesundheitsthemen zur Verfügung gestellt wurde. Zielsetzung ist die nachhaltige Förderung der physischen und psychischen Gesundheit sowie die Sensibilisierung für präventive Maßnahmen.

Die Kooperation mit der Stiftungsfamilie BSW & EWH wurde im Berichtsjahr unverändert fortgeführt. Die Zusammenarbeit ermöglicht den Mitarbeitenden weiterhin den Zugang zu einem breit gefächerten Angebot in den Bereichen Gesundheit, Soziales sowie Freizeit und Erholung.

Insgesamt leisten die implementierten Maßnahmen einen Beitrag zur Stärkung der Mitarbeiterzufriedenheit, zur Stabilisierung der Leistungsfähigkeit sowie zur Unterstützung der strategischen Unternehmensziele.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Wir streben nicht nach Gewinnmaximierung. Unser Ziel ist es, auskömmliche Erträge zu erwirtschaften, um eine langfristige Existenzsicherung unserer Genossenschaft zu ermöglichen. Auch in unserer Satzung sind die wirtschaftliche Förderung und Betreuung unserer Mitglieder als Unternehmenszweck festgehalten. Zu unseren Werten, die das Fundament unseres täglichen Handelns bilden, zählen Fairness, Einfachheit, Sympathie und Gemeinschaft.

Um in unserer Nachhaltigkeitsstrategie, die Teil unserer Unternehmensstrategie ist, alle Nachhaltigkeitsaspekte zu berücksichtigen, orientieren wir uns am Branchenstandard des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR-Nachhaltigkeitsleitfaden), welcher sich seinerseits auf die Sustainable Development Goals (SDGs) und die ESG (Environmental, Social, Governance)-Kriterien stützt. Hier streben wir die Aufrechterhaltung einer mittleren Positionierung an.

In unserer Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigen wir ökologische, ökonomische und soziale Aspekte in den Handlungsfeldern Risikomanagement und Gesamtbanksteuerung, Kerngeschäft, Geschäftsbetrieb, Ethik und Kultur sowie Kommunikation und Gesellschaft. Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsfunktion und betrifft alle Geschäftsbereiche unserer Bank.

Zu nichtfinanziellen Leistungsindikatoren haben wir für das Berichtsjahr 2025 als berichtspflichtiges Unternehmen gemäß des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes in unserer Nachhaltigkeitserklärung berichtet. Die Berichterstattung erfolgt seit dem Berichtsjahr 2024 in Anlehnung an die ESRS. Angaben, die nicht auf Basis der Wesentlichkeitsanalyse, sondern aufgrund der gegenwärtig noch gültigen Anforderungen der NFRD/des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes erforderlich sind, erweitern die Berichterstattung nach ESRS.

Es werden keine Tätigkeiten in Verbindung mit Wirtschaftstätigkeiten geltend gemacht, die im Sinne der Artikel 3 und 9 der Verordnung (EU) 2020/852 (Taxonomie-Verordnung) als ökologisch nachhaltig gelten.

II.4 Lage der Sparda-Bank Südwest eG

II.4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Zinsüberschuss ¹⁾	134.884	125.807	+ 9.077	+ 7,2
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	23.649	3.362	+ 20.287	+ 603,4
Provisionsüberschuss ²⁾	34.863	43.212	- 8.349	- 19,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	3.985	3.248	+ 737	+ 22,7
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwendungen	63.278	58.044	+ 5.234	+ 9,0
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	64.136	57.453	+ 6.683	+ 11,6
Bewertungsergebnis ⁴⁾	- 16.659	- 4.773	- 11.886	- 249,0
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	50.243	51.820	- 1.577	- 3,0
Steueraufwand	16.989	20.344	- 3.355	- 16,5
Jahresüberschuss	15.254	15.476	-222	- 1,4

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2; 2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6; 3) GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 12;

4) GuV-Posten 13-16

Im Berichtsjahr war ein Anstieg des Zinsüberschusses zu verzeichnen. Die Veränderung begründet sich hauptsächlich durch den Anstieg der Zinserträge für Darlehen und festverzinsliche Wertpapiere. Parallel sank der Zinsaufwand für Sichteinlagen. In den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist eine Ausschüttung von Fondserträgen beinhaltet.

Der Provisionsüberschuss sank im Wesentlichen durch einen Rückgang der Erträge im Wertpapiergeschäft unserer Kunden. Des Weiteren stiegen die Aufwendungen für Kreditvermittlungen.

Die Verwaltungsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Das Bewertungsergebnis der Eigengeschäfte wurde beeinflusst durch gestiegene Zinsen und damit einhergehende Kursverluste bei Anlagen sowie durch eine niedrigere Bewertung von Immobilien.

Im Bereich der Immobilienfonds ergab sich ein Abschreibungsbedarf von 2,8 Mio. EUR aufgrund von Neubewertungen der in den Fonds enthaltenen Immobilienwerte.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft war unauffällig.

II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Capital Requirements Regulation (CRR) wurden im Berichtsjahr zu jeder Zeit eingehalten. Die vorhandenen liquiden Mittel bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts gemäß der strategischen Planung.

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) betrug zum Jahresstichtag 318,55 %.

Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr jederzeit nachgekommen werden.

Die Refinanzierungsstruktur ist aufgrund des hohen Anteils von Kundeneinlagen weitestgehend unabhängig von den Interbanken- und Kapitalmärkten. Die Bank kann zudem kurzfristig Pfandbriefe zur Stärkung der Liquidität emittieren.

II.4.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Gezeichnetes Kapital	201.049	178.084	+ 22.965	+ 12,9
Rücklagen	389.974	381.231	+ 8.743	+ 2,3

Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch die Gewinnthesaurierung und Zeichnung weiterer Anteile. Die Rücklagen wurden gestärkt. Die Bank verfügt über eine gute Eigenkapitalausstattung, die über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen liegt.

Zudem besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 265,3 Mio. EUR. Darin enthalten ist eine Zuführung im Jahr 2025 von 18 Mio. EUR.

Die harte Kernkapitalquote und die Gesamtkapitalquote belaufen sich auf 16,61 % Vorjahr (16,70 %).

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beläuft sich für das zurückliegende Geschäftsjahr auf rund 0,13 %.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme beträgt 62,47 %. Sämtliche erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt, für mögliche verbleibende latente Risiken besteht eine ausreichende Risikovorsorge.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) hatte die Bank zum Bilanzstichtag Zinsderivate in einem Umfang von nominal 2,095 Mrd. EUR im außerbilanziellen Bestand.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Anlagevermögen	1.701.142	1.582.576	+ 118.566	+ 7,5
Liquiditätsreserve	648.306	449.045	+ 199.261	+ 44,4

Bei den Wertpapieren handelt es sich um Emittenten guter Bonität. Wesentliche Änderungen in der Struktur sowie Bonitätseinstufung bei den Wertpapieranlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht ergeben. Bei den Wertpapieren im Anlagevermögen bestehen stille Lasten.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus. Alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden erfüllt.

Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen sind Wertberichtigungen gebildet worden. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

Die Ertragslage war im Geschäftsjahr 2025 zufriedenstellend.

III. Erklärung zur Unternehmensführung

Die Sparda-Bank Südwest eG fördert im Rahmen der regional bestehenden Möglichkeiten den Einsatz von qualifizierten Frauen in Führungspositionen der Bank. Der Aufsichtsrat der Bank hat gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Vorstands und des Aufsichtsrates mit Frauen Zielgrößen

festgelegt. Der Vorstand der Bank hat gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes (1. und 2. Führungsebene) ebenfalls Zielgrößen festgelegt.

Die festgelegten Zielgrößen sind jeweils maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2029 (Bezugszeitraum) und stellen sich wie folgt dar:

Zu erreichender Frauenanteil	Bis 30.06.2029
Im Aufsichtsrat	33,33 %
Im Vorstand	25 %
In der 1. Führungsebene unterhalb des Vorstands	33 %
In der 2. Führungsebene unterhalb des Vorstands	25 %

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

IV.1 Risikomanagementsystem

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung versteht sich das Risikomanagement als System der aktiven Einflussnahme auf die Ertrags-, Vermögens- und Risikolage der Sparda-Bank Südwest eG. Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein komplexes Planungs- und Controllingsystem die jederzeitige Risikotransparenz. Die Bank plant und steuert die Entwicklung des Institutes auf Basis einer Eckwertplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren und mit Hilfe von Kennzahlen und Limitsystemen.

Die Risikomessung wird ausschließlich mit den Modulen der VR-Control-Umgebung durchgeführt.

Die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems der Bank ist bestimmt durch die Geschäfts- und Risikostrategie, die in regelmäßigen Abständen überprüft wird.

Im Rahmen einer jährlichen Risikoinventur identifiziert, quantifiziert, beurteilt und dokumentiert die Bank ihre Risiken und legt die für sie wesentlichen Risiken fest. Diese Ergebnisse werden im Risikohandbuch dokumentiert.

Folgende Risiken wurden in der Risikoinventur als wesentlich eingestuft:

- Kreditrisiko
- Marktrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Risiken aus Auslagerung
- Beteiligungsrisiko
- Immobilienrisiko

Alle Risiken bewegten sich im Geschäftsjahr 2025 innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Globallimits. Die Risikotragfähigkeit war jederzeit gegeben.

Auf die zuvor genannten Risiken wird in den folgenden Kapiteln detailliert eingegangen.

Durch den monatlichen Soll-Ist-Abgleich der Bilanzpositionen sowie der Aufwands- und Ertragsgrößen

werden klare Informationen gewonnen, die als Basis dienen die notwendigen Steuerungsimpulse abzuleiten. Steuerungsimpulse ergeben sich auch durch die monatliche Ertragsvorschaurechnung sowie durch die Bewertung der Risikolage der Bank.

Der Bereich Controlling erstellt hierzu Handlungsempfehlungen, die nach Abstimmung mit dem Vorstand von diesem genehmigt werden.

Nach Entscheidung durch den Vorstand zu Transaktionen in den Eigenanlagen, zur Durchführung von Sicherungsgeschäften oder zum Einsatz von Finanzinstrumenten werden diese von der Abteilung Handel umgesetzt. Dabei hat die Bank sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregeln sowie eingeräumter Risikolimits getätigt werden.

Die Ziele der Bank sind, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, die Begrenzung und Steuerung der Risiken, das qualitative und ertragsorientierte Wachstum sowie der Erhalt und die weitere Verbesserung des ausgewogenen Verhältnisses zwischen Kosten und Erlösen. Damit ist sichergestellt, dass weiterhin strategisch erforderliche Investitionen durchgeführt werden können, eine marktgerechte Dividende an die Mitglieder ausgeschüttet wird und eine hinreichende Risikovorsorge erfolgen kann.

Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte hat die Bank durch ein internes Limitsystem sowie durch Anlagerichtlinien für den Spezialfonds bei der Union Investment begrenzt. Der Risikoappetit der Bank ist in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie in weiteren Teilstrategien festgelegt und wird im Risikobericht dokumentiert.

Neben allgemeinen Risikofaktoren (zum Beispiel Konjunkturschwankungen, neue Technologien und Wettbewerbssituationen), bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken, die sich insbesondere in Form von Kreditrisiken (Kundenkredite und Eigengeschäfte), Marktrisiken (Zinsänderungs-, Währungs- und Kursrisiken), Immobilien-, Beteiligungs-, Liquiditäts- und operationellen Risiken sowie Auslagerungsrisiken und sonstigen Einzelrisiken zeigen. Die Sparda-Bank Südwest eG steuert ihre Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive.

Die Bank ermittelt die Risikotragfähigkeit durch das barwertige Verfahren. Dem Bruttovermögen der Bank werden die Bruttoschulden (inkl. Managementpuffer) gegenübergestellt. Durch Differenzbildung wird das freie Risikodeckungspotential ermittelt. Der Vorstand hat für die Einzelrisiken Limite beschlossen, welche in Summe das Gesamtlimit der Bank darstellen. Die Differenz aus freiem Risikodeckungspotential und Gesamtlimit stellt die Reserve des Risikodeckungspotentials dar. Die Einzelrisiken werden auf Basis des Konfidenzniveaus von 99,9 % ermittelt.

Die aktuelle Auslastung (Stand 31. Dezember 2025) des Gesamtlimits beträgt rund 70 %. Dies entspricht einem Gesamtrisiko von rund 442 Mio. EUR, welchem ein Gesamtlimit i. H. v. 635 Mio. EUR gegenübersteht. Das Gesamtrisiko verteilt sich wie folgt:

Kreditrisiken	rd. 120 Mio. EUR
Marktrisiken	rd. 190 Mio. EUR
Sonstige Risiken	rd. 132 Mio. EUR

Unter der Sparte Sonstige Risiken werden das Immobilienrisiko aus Fonds, das Beteiligungsrisiko inkl. Beteiligungen aus Fonds, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko inkl. Auslagerungen und Einzelrisiken erfasst. Der größte Treiber ist, mit fast der Hälfte des Betrages, das Liquiditätsrisiko.

IV.2 Kreditrisiko Kunden

Der Schwerpunkt des Kreditgeschäftes liegt im Privatkundengeschäft. Dabei sind große Teile des Kundenkreditvolumens grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Beim überwiegenden Anteil der beliehenen Objekte handelt es sich um eigengenutzte Wohnimmobilien. Die finanzierten Objekte befinden sich geographisch überwiegend im Geschäftsgebiet der Sparda-Bank Südwest eG. Die Kenntnis des regionalen Markts gewährleistet eine zuverlässige Werteinschätzung der als Sicherheit beliehenen Immobilien. Ein größeres Adressausfallrisiko aus Kundenforderungen erwartet die Bank daher nicht.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken basiert insbesondere auf Kreditratings nach Verfahren der genossenschaftlichen Organisation. Das für unser Haus relevante Verfahren „VR Rating Privatkunden“ ermöglicht Ausfallwahrscheinlichkeiten (erwartete Verluste) zu ermitteln und die Kredite Risikoklassen zuzuordnen. Unser Kundenkreditvolumen ist zu über 99,84 % mit diesem Verfahren klassifiziert.

Die Ausfallrisiken im Kreditportfolio bemisst die Bank nach aggregierten Blankoanteilen (Risikovolumen) in den einzelnen Risikoklassen. Die für die Höhe der Blankoanteile zugrunde liegenden Kreditsicherheiten werden nach Wertermittlungsrichtlinien, die sich an den Richtlinien der genossenschaftlichen Finanzgruppe orientieren, angesetzt.

Die Kreditrisiken im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft aus dem Software-Modul VR-Control KRM mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Risikohorizont von zwölf Monaten. Die Risikomessung erfolgt mittels der CVaR.

Die Überwachung und die Steuerung des Kreditgeschäftes erfolgen auf der Basis von Limitierungen sowie Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Sicherheiten und Risikoklassen. Alle im Rahmen der Risikoinventur identifizierten Risikokonzentrationen werden in der Risikosteuerung berücksichtigt.

Risikovorsorge wird auf Basis der steuer- und handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

IV.3 Kreditrisiko Eigenanlagen

Im Bereich der Eigenanlagen werden die Adressrisiken separat gemessen. Dabei werden sowohl Ausfall- und Migrationsrisiken als auch Spreadrisiken berücksichtigt. Unter VR-Control ist die Grundlage eine Monte-Carlo-Simulation, die ein barwertiges Ergebnis liefert.

Ein größeres Adressausfallrisiko erwartet die Bank für ihre Wertpapieranlagen in der Regel nicht, da sie diese nur von Emittenten mit guter Bonität erwirbt. Zusätzlich ist auch hier ein umfangreiches Limitsystem implementiert. Die Limitierung erfolgt bonitätsabhängig auf Einzelemittentenbasis. Grundsätzlich orientieren sich die Limite an der aktuellen Ertrags- und Vermögenssituation der Bank.

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück.

Die Messung der Adressrisiken der Eigenanlagen erfolgt durch das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte (Konfidenzniveau 99,9 %, Risikohorizont zwölf Monate). Dabei wird das Ausfall- / Migrationsrisiko und das Spreadrisiko mit einer Korrelation von 35% gemäß dem Fachkonzept der

parcIT berechnet und als Risikoansatz dargestellt. Als Risikoausweis stellen wir den CVaR dar. Der erwartete Verlust ist im Risikoprämienbarwert der Eigengeschäfte enthalten.

Den Risiken begegnen wir dadurch, dass wir grundsätzlich keine Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur mit schlechter als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Gemäß Art. 138 CRR wurden für die Ermittlung der Risikogewichte die Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch nominiert. Für die Ratingagentur Standard & Poor's wurde die Klassenbezeichnung Governments benannt. Für die Ratingagentur Moody's wurde die Klassenbezeichnung Staaten & supranationale Organisationen benannt. Für die Ratingagentur Fitch wurde die Klassenbezeichnung Sovereigns & Supranationals benannt. Das Ausfallrisiko inländischer und ausländischer Emittenten begrenzen wir durch ein Limitsystem, welches eine hinreichende Streuung des Depotbestandes gewährleistet und regelmäßig überwacht wird.

IV.4 Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Eine Aufteilung nach Emissionsländern wird vierteljährlich im Risikobericht dargestellt.

IV.5 Marktrisiko Zinsänderungsrisiken und sonstige Marktrisiken

Zinsänderungsrisiken

Aufgrund der Geschäftsstruktur der Bank beziehen sich die Zinsänderungsrisiken auf nachteilige Veränderungen der Zinsstrukturkurven, in deren Folge sich Abweichungen vom geplanten Ergebnis ergeben. Sie können sich auch durch Inkongruenzen bezüglich der Zinsbindung bzw. aufgrund unterschiedlicher Zinselastizitäten bei Aktiv- und Passivpositionen ergeben. Für die wesentlichen variablen Positionen hat die Bank Ablauffiktionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt.

Die Zinsänderungsrisiken messen wir vierteljährlich. Die gemessenen Risiken werden dem entsprechenden Limit gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit war zu jedem Stichtag gegeben.

Zur Absicherung der Zinsänderungsrisiken greift die Bank auf verschiedene Sicherungsinstrumente zurück, insbesondere auf Zinsswaps im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung des Zinsbuches.

Die Steuerung der Zinsänderungsrisiken erfolgt barwertig. Für die Beurteilung des strategischen Zinsbuches wird das Barwertkonzept mit Unterstützung von VR-Control Zinsmanagement eingesetzt. Die Berechnung der Zinsänderungsrisiken erfolgt mit dem Resampling-Modell. Das Konfidenzniveau ist mit 99,9 % bei einer Haltedauer von 250 Handelstagen festgelegt.

Das Zinsänderungsrisiko stuft die Bank anhand der Risikoinventur als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein, mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem hohen potenziellen Schaden, der sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich auswirken kann.

Die Zinsänderungsrisiken halten sich im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzungen und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Sonstige Marktrisiken

Daneben bestehen Marktrisiken aus Immobilienfonds sowie im Spezialfonds aus Fremdwährungen und Aktien. Das Aktien-, Währungs- und Commodity-Risiko wird mittels Value-at-Risk ex ante (99,9 % Konfidenzniveau, 250 Handelstagen Haltedauer) ermittelt.

Die Risikoermittlung dieser wesentlichen Marktrisiken wird durch die Fondsgesellschaft durchgeführt und zur Verfügung gestellt. Diese Kennzahlen werden in der Risikotragfähigkeit übernommen und jährlich bzw. anlassbezogen auf Angemessenheit von der Bank validiert. Darüber hinaus werden die aufsichtlichen Wesentlichkeitsgrenzen des Fremdwährungsbestandes vierteljährlich überprüft und im Risikobericht dargestellt.

IV.6 Liquiditätsrisiken

Unsere Finanzplanung ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommen zu können. Insoweit achten wir auf ausgewogene Laufzeitstrukturen der Aktiva und Passiva. Unsere im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements getätigten Geldanlagen bei Korrespondenzbanken bzw. in Wertpapieren tragen neben Ertrags- auch Liquiditätsaspekten Rechnung. Als Steuerungsinstrumente setzen wir u. a. die Ermittlung und Überwachung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl (Liquidity Coverage Ratio – LCR) sowie Liquiditätsablaufbilanzen ein.

In den Liquiditätsablaufbilanzen stellen wir szenariospezifische Zahlungsmittelabflüsse den Zahlungsmittelzuflüssen gegenüber. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem Liquiditätsdeckungspotential abgedeckt werden kann.

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotential begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungsmittelzeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotential (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann. Die Risikotragfähigkeit war zu jedem Stichtag gegeben.

Weiter wird zur frühzeitigen Erkennung eines Liquiditätsengpasses die LCR-Kennziffer täglich gemessen und gesteuert. Zum Bilanzstichtag belief sich die Kennziffer auf 318,55 %. Im Geschäftsjahr bewegte sie sich durchgehend deutlich über dem geforderten Mindestwert von 100%.

Darüber hinaus wird die Liquidität durch Fälligkeitslisten überwacht.

Die Refinanzierungsquellen werden vierteljährlich im Rahmen des Risikoberichts dargestellt. Durch die Refinanzierung nicht nur mittels Kundeneinlagen, sondern auch am Interbankenmarkt, ist das Refinanzierungsrisiko für uns aufsichtsrechtlich von wesentlicher Bedeutung. Das Refinanzierungsrisiko ermittelt sich aus der Barwertdifferenz der Cashflow-Bewertung mit einer liquiditätsbehafteten und einer liquiditätsneutralen Zinskurve.

Die Gefahr, dass mangels ausreichender Marktliquidität Liquidationen erschwert werden, schätzen wir als gering ein.

Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die

Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern.

Zudem wurde für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan festgelegt. Im Rahmen der Eigenanlagen- und Liquiditätsstrategie streuen wir die Positionen der Liquiditätsreserve über Laufzeiten und Emittenten, um ein hohes Maß an Liquidierbarkeit zu erreichen, damit wir jederzeit kurzfristig auf unerwartete Zahlungsstromschwankungen reagieren können.

IV.7 Operationelle Risiken

Wesentliche identifizierte operationelle Schäden werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Im Rahmen dieser Schadensfalldatenbank werden die Risiken bezüglich ihrer Eintrittshäufigkeit sowie der Schadenshöhe quantifiziert. Basierend auf diesen Daten werden die operationellen Risiken mittels Monte-Carlo-Simulation in dem Software-Modul VR-Control ORM gemessen. Das Konfidenzniveau beträgt hierbei 99,9 % und der Risikohorizont zwölf Monate. Zudem werden auch Worst-Case-Annahmen im Rahmen von regelmäßigen Stresstests berücksichtigt.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Informationssicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über den von uns beauftragten IT-Dienstleister, Backup-Einrichtungen, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision, sowie Versicherungen (z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung für die identifizierten wichtigen und kritischen Funktionen erstellt.

Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir juristische Rechtsberatung in Anspruch. Versicherbare Gefahrenpotenziale, z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert.

IV.8 Risiken aus Auslagerungen

Verschiedene Tätigkeiten im Geschäftsbetrieb der Sparda-Bank Südwest eG werden durch externe Dienstleister erbracht. Diese Dienstleistungen bezieht die Bank auf Basis ordnungsgemäßer Verträge, deren Einhaltung permanent überwacht wird. Die Bank hat ein zentrales Auslagerungsmanagement implementiert und einen Auslagerungsbeauftragten ernannt. Potenzielle Risiken steuert die Bank mittels eines Risikomanagementsystems.

IV.9 Beteiligungsrisiken

Das Beteiligungsbuch enthält alle Beteiligungen der Sparda-Bank Südwest eG. Wir unterscheiden zwischen strategischen Beteiligungen und Beteiligungen aus Fonds.

Die Risiken der strategischen Beteiligungen ermitteln wir mit der Software okular BETRIS via durch die parcIT zentral bereitgestellter, multiplikativer Abschlagsfaktoren.

Die Fonds-Beteiligungsrisiken betreffen ausschließlich unseren Spezialfonds. Zur Messung dieser

Risiken nutzen wir die im MaRisk-Report der Union Investment dargestellten Value at Risk-Werte, welche mit einem Konfidenzniveau von 99,9% und 250 Handelstagen Haltedauer errechnet werden.

IV.10 Immobilienrisiken

Die Immobilienrisiken resultieren aus Immobilienfonds der Union-Investment. Diese Risiken werden mittels Kennzahlen aus dem MaRisk Fonds Reporting des jeweiligen Immobilienfonds der Union Investment hinsichtlich Wertänderungs- sowie Mietausfallrisiko auf einem Konfidenzniveau von 99,9% und 250 Handelstagen Haltedauer analysiert. Als Risikoausweis stellen wir den CVaR dar.

IV.11 Gesamtbild der Risikolage

Zusammenfassend ist die Risikolage der Bank als solide einzustufen. Die Risikotragfähigkeit im Geschäftsjahr 2025 war sowohl unter den von uns definierten Standard- als auch den festgelegten Stressszenarien gegeben.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen haben wir im Jahr 2025 jederzeit eingehalten.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit für das Jahr 2026 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens- und Substanzsituation der Bank gegeben. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der Sparda-Bank Südwest eG für das Geschäftsjahr 2026 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage

Die Sparda-Bank Südwest eG wird sich auch zukünftig konsequent auf das Privatkundengeschäft konzentrieren.

Die wichtigsten Vertriebschwerpunkte im Jahr 2026 sind:

- die Finanzierung von Wohnungsbau und Immobilien
- Kredite zur Modernisierung und Energieeinsparung
- Konsumentendarlehen für private Anschaffungen
- Geld- und Vermögensanlage

Daneben decken wir im Rahmen unserer Kunden- und Anlageberater Teams die zunehmenden Bedarfe unserer Kundinnen und Kunden zu Geld- und Vermögensanlagen ab.

Insgesamt gehen wir bei den Baufinanzierungen aufgrund der rückläufigen Bauanträge und gestiegenen Baukosten von einem weiterhin harten Wettbewerb der Marktanbieter aus. Auch bei den

Anlageprodukten sehen wir eine Verschärfung hinsichtlich der Gestaltung der Konditionen, um keine Marktanteile zu verlieren.

Neben der stetigen Weiterentwicklung digitaler Services investiert die Sparda-Bank Südwest eG weiterhin auch in Filialen und SB-Stellen.

Für das Jahr 2026 ist ein bilanzielles Wachstum der Kundenforderungen in Höhe von 300 Mio. EUR geplant. Durch das Wachstum im Kreditgeschäft können weitere Vertriebsansätze mit unseren Kooperationspartnern im Segment der Aktivgeschäfte umgesetzt werden.

Die Kundenverbindlichkeiten werden im Jahr 2026 mit 300 Mio. EUR steigend geplant. Hierfür werden unseren Kunden im Bereich der täglich fälligen Gelder sowie Festgeldprodukte attraktive Zinsen angeboten.

Zur Refinanzierung der Kundenkredite kann die Bank auch auf Pfandbriefemissionen zurückgreifen. Im Jahr 2026 planen wir mit einer Neuemission von 10 Mio. EUR. Zusätzlich können fällige Wertpapiere zur Refinanzierung herangezogen werden.

Neben dem aktiven Vertrieb bankeigener Produkte der Passivseite tragen unter anderem die hohen Absätze von Fonds und Zertifikaten maßgeblich zur Erreichung des geplanten Provisionsergebnisses bei. Angesichts des intensiven Wettbewerbs im Dienstleistungsgeschäft erwarten wir für das Jahr 2026 eine moderate rückläufige Entwicklung sowie entsprechend sinkende Absatzzahlen.

Wir planen für das Jahr 2026 einen Anstieg des Zinsüberschusses – im Vergleich zum Vorjahr – um rund 23,1 Mio. EUR. Für das Provisionsergebnis planen wir eine leichte Reduktion in Höhe von rund 1,3 Mio. EUR.

Erwartete Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2026 die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren.

Die Kundenforderungen sind per März 2026 gegenüber dem Jahresultimo 2025 leicht um 37 Mio. EUR gestiegen, liegen jedoch mit 49 % deutlich unter den anteiligen Planwert. Die Entwicklung der Zusagen aus dem Baufinanzierungsgeschäft liegt per März 2026 mit 102 % leicht über dem anteiligen Planwert. Die Zusagen der Konsumentenkredite per März 2026 sind mit einem anteiligen Zielerreichungsgrad von 86 % bisher verhalten. Hierfür wurden bereits Maßnahmen eingeleitet.

Per März 2026 liegt der Zinsüberschuss gemäß Ergebnisvorschaurechnung mit 153,9 Mio. EUR geringfügig unter dem Planwert von 155,3 Mio. EUR (Delta 1,4 Mio. EUR). Der Provisionsüberschuss beträgt 35,9 Mio. EUR und liegt rund 10% über dem Planwert von 32,5 Mio. EUR. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind mit 134,5 Mio. um 2,5 Mio. EUR höher als der angesetzte Planwert von 132,0 Mio. EUR. Zu diesem Zeitpunkt kann der angestrebte Jahresüberschuss für das Jahr 2026 nahezu erreicht werden, der Planwert für das Jahr 2026 beträgt 15,9 Mio. EUR, der hochgerechnete Ist-Wert beläuft sich auf 15,8 Mio. EUR. Auch die geplante Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 25,0 Mio. EUR ist per März 2026 mit 23,0 Mio. EUR nahezu gegeben.

Durch die freie Liquidität und die tägliche Planung der Liquidität gehen wir von einer LCR über der Quote von 130 % aus.

Die Kernkapitalquote zum Jahresende 2026 wird mit 16,74 % geplant und verändert sich nur

geringfügig im Vergleich zum Jahresultimo 2025. Das geplante Wachstum von Geschäftsanteilen im Geschäftsjahr 2026 liegt bei 5,4 Mio. EUR. Im März 2026 liegt das Wachstum der Geschäftsanteile mit 400% über dem anteiligen Planwert, das Jahresplanziel 2026 ist bereits erfüllt. Auf Basis dieser Planung werden alle Kapitalanforderungen eingehalten.

Gesamtaussage

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der Kreditgenossenschaften werden auch in den kommenden Jahren geprägt sein von der demographischen Entwicklung und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel, der fortschreitenden Digitalisierung sowie der verschärften Wettbewerbssituation. Zudem wird Nachhaltigkeit als Trend zu sozial und ökologisch bewussterem Leben auch für die Finanzwelt ein weiterhin relevantes Thema sein.

Die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Krieg, dem Krieg im Nahen Osten sowie die hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten im In- und Ausland stellen die Finanzwirtschaft vor erhebliche Herausforderungen. Zwar zeichnet sich weiterhin eine konjunkturelle Erholung ab, nach mehreren Jahren der Stagnation bzw. BIP-Rückgängen. Diese dürfte aber geringer ausfallen als bislang erwartet. Neben den gestiegenen Energiepreisen bremst weiterhin die US-Handelspolitik und die insgesamt hohe Unsicherheit. Die erwartete wirtschaftliche Erholung basiert in erster Linie auf dem erwarteten fiskalpolitischen Impuls in den kommenden Jahren in den Bereichen Infrastruktur, Klima und Verteidigung. Die gestiegenen Energiepreise dürften den Inflationsausblick nun eintrüben. Die Ölpreise sind seit Kriegsausbruch im Iran um etwa 45 % gestiegen, die Erdgaspreise um 60 %. Aktuelle Terminkontrakte deuten darauf hin, dass an den Finanzmärkten mit einer Beruhigung der Preise im zweiten Halbjahr des Jahres 2026 gerechnet wird.

Die Arbeitslosigkeit bewegt sich trotz der gesamtwirtschaftlichen Schwächephase bisher auf niedrigem Niveau. Bei den Unternehmensinsolvenzen in Deutschland mehren sich die Zeichen für ein Abflachen des Aufwärtstrends. Zwar kam es im Januar 2026 zu einem erneuten Anstieg, im laufenden Jahr dürften die Fallzahlen jedoch sowohl für Unternehmen als auch Verbraucher zurückgehen. Dies gilt unter der Annahme eines nur wenige Wochen andauernden Irankriegs. Längere Kriegshandlungen könnten die Trendwende bei den Insolvenzen verzögern. Das BIP-Wachstum im Euroraum wird von der inländischen Verwendung getragen. Der private Verbrauch bringt durch moderat wachsende reale Einkommen den größten Impuls und dürfte auch zukünftig zum Wachstum beitragen. Ähnlich wird auch der staatliche Konsum weiterhin stützend wirken. Die Investitionen profitieren von günstigeren Finanzierungsbedingungen sowie von höheren Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben. Bremsend wirkt der Außenbeitrag.

Insgesamt rechnet die Bank für das nächste Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss, der in etwa auf dem Vorjahresniveau liegt.

Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten kann sich der Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Südwest eG jedoch auch negativ entwickeln.

Risiken

Wesentliche Risiken bei der Ertragslage bestehen im Jahr 2026 durch eine unerwartete Entwicklung der Zinsstrukturkurve. Dabei ist das zinsabhängige Kundengeschäft für unser Kreditinstitut von grundlegender wirtschaftlicher Bedeutung. Sinkende Margen bzw. ein Wettbewerb um Kundengelder (hohe Zinsangebote auf der Passiv-Seite) würden sowohl im laufenden Geschäftsjahr als auch zukünftig den Zinsüberschuss belasten.

Eine Insolvenzwelle aufgrund eines Einbruchs der Weltwirtschaft könnte nachlaufende Effekte auf unser Kreditportfolio haben.

Eine langanhaltende Wirtschafts- oder Bankenkrise, die sich unter anderem durch deutliche Abschlüsse an den Aktienmärkten und Kursverlusten in den Eigenanlagen bemerkbar macht, würde erhebliche Auswirkungen auf das Bewertungsergebnis der Bank haben.

Chancen

Positiv auf unsere Ertragslage im nächsten Geschäftsjahr würde sich ein Anstieg der Zinsen im Geldmarkt und kurzfristigen Kapitalmarkt auswirken, den wir mit moderaten Anpassungen der Kundenzinsen auf der Passiv-Seite weitergeben würden. Ein an den Aktienmärkten vorweggenommener Wirtschaftsaufschwung sowie massive Konjunkturprogramme würden sich voraussichtlich positiv auf die Entwicklung unserer Spezialfonds auswirken.

Mainz, den 31. März 2026

Der Vorstand



Manfred Stang
Vorstandsvorsitzender



Frank Jakob
stellv. Vorstandsvorsitzender



Tobias Meurer
stellv. Vorstandsvorsitzender



Silke Schneider-Wild

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, regulatorischen Vorgaben, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG. Weiter hat der Aufsichtsrat den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB geprüft.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz-, Risiko- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2025 hat der Aufsichtsrat insgesamt 15 Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung, die Risikosituation sowie die strategische Ausrichtung der Bank. Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Kreditausschuss, einen Vergütungskontrollausschuss, einen Nominierungsausschuss und zwei Prüfungsausschüsse gebildet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Aufsichtsrats. Der vorliegende Jahresabschluss 2025 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden.

Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses – unter Einbeziehung des Gewinnvortrages – entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2025 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

In diesem Jahr scheiden turnusmäßig die Herren Hugo Müller, Ruben Schölles und Michael Zapp aus dem Aufsichtsrat aus. Desweiteren scheidet Herr Ralf Damde vorzeitig aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl von ausscheidenden Mitgliedern des Aufsichtsrats ist zulässig.

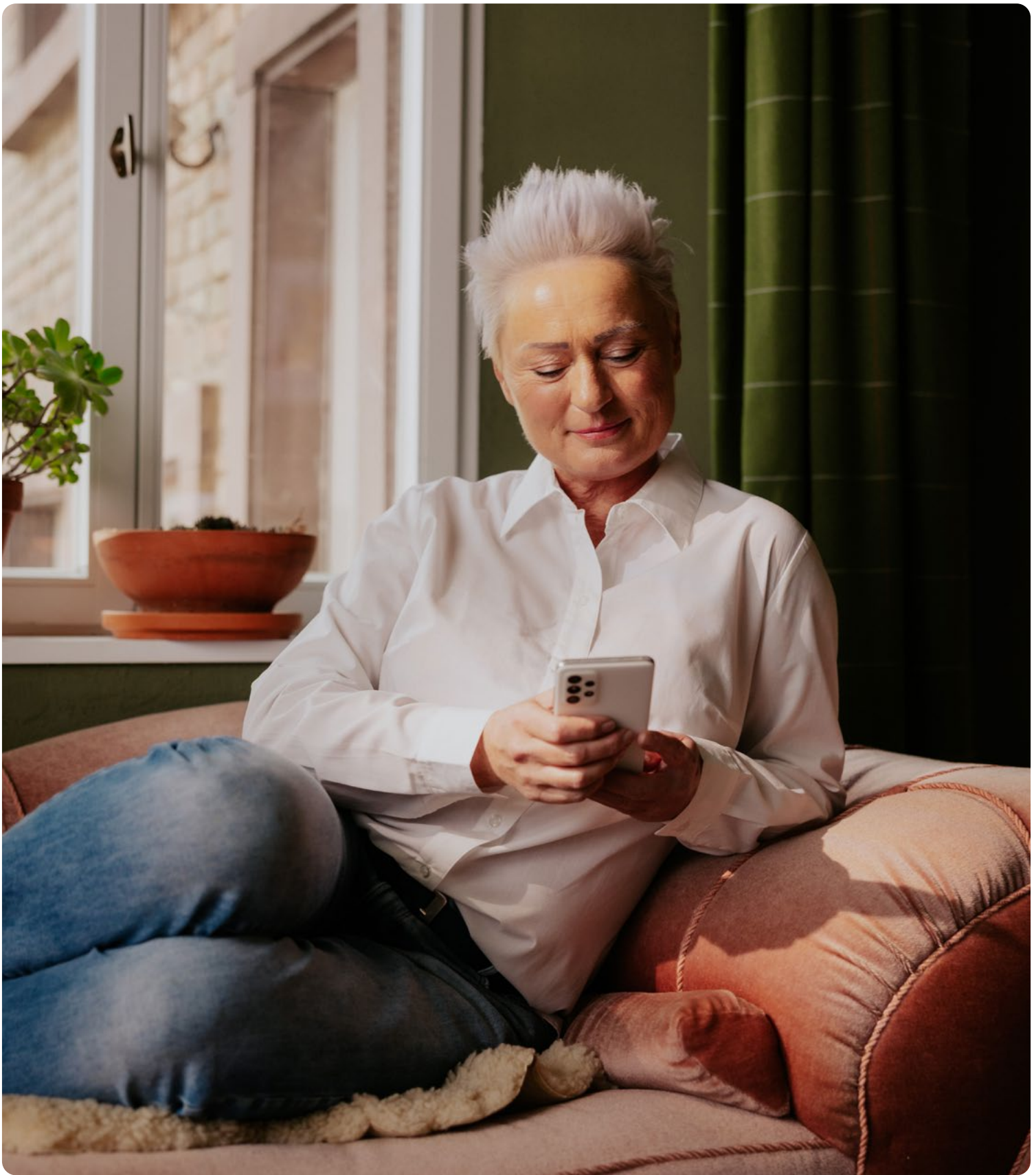
Mainz, den 22. Mai 2026

Der Aufsichtsrat



Ulrich Schmidt

Aufsichtsratsvorsitzender



Jahresabschluss 2025

Jahresabschluss 2025

Sparda-Bank Südwest eG

Mainz

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der
Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresbilanz (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung
(Formblatt 3 - Staffelform)
3. Anhang

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			59 848 410,00		64 147
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			96 731,26		67
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	96 731,26				(67)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	59 945 141,26	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			1 143 254 097,82		1 048 123
b) andere Forderungen			852 365 494,39	1 995 619 592,21	1 179 561
4. Forderungen an Kunden				7 485 768 816,88	7 187 563
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	5 114 423 625,32				(4 893 987)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		114 310 229,83			92 686
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	114 310 229,83				(92 686)
bb) von anderen Emittenten		652 451 144,73	766 761 374,56		570 076
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	545 594 804,80				(570 076)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	766 761 374,56	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				1 582 685 657,48	1 368 858
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			29 412 107,94		29 412
darunter: an Kreditinstituten	27 515 348,39				(27 515)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
an Wertpapierinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			4 920 620,00	34 332 727,94	4 921
darunter: bei Kreditgenossenschaften	4 900 050,00				(4 900)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
bei Wertpapierinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				-	-
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
an Wertpapierinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				30 220,39	33
darunter: Treuhandkredite	30 220,39				(33)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			168 815,08		188
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	168 815,08	-
12. Sachanlagen				27 720 267,00	19 180
13. Sonstige Vermögensgegenstände				27 339 600,83	23 338
14. Rechnungsabgrenzungsposten				2 727 134,47	2 657
Summe der Aktiva				11 983 099 348,10	11 590 810

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			-		34 000
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>754 857 067,77</u>	<u>754 857 067,77</u>	<u>744 559</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		<u>1 269 951 151,14</u>			<u>1 328 656</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>77 067 905,02</u>	<u>1 347 019 056,16</u>		<u>74 506</u>
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		<u>6 658 682 682,75</u>			<u>6 274 597</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>2 213 736 701,90</u>	<u>8 872 419 384,65</u>	<u>10 219 438 440,81</u>	<u>2 178 468</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				<u>30 220,39</u>	<u>33</u>
darunter: Treuhandkredite	<u>30 220,39</u>				(33)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				<u>30 747 133,28</u>	<u>17 160</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>132 558,25</u>	<u>134</u>
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			<u>70 892 861,53</u>		<u>72 109</u>
b) Steuerrückstellungen			<u>10 211 699,96</u>		<u>20 350</u>
c) andere Rückstellungen			<u>25 212 785,21</u>	<u>106 317 346,70</u>	<u>24 148</u>
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				-	-
10. Genussrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>265 299 714,00</u>	<u>247 300</u>
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	<u>129 714,00</u>				(130)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			<u>201 048 692,00</u>		<u>178 084</u>
b) Kapitalrücklage			<u>35 285 275,31</u>		<u>35 285</u>
c) Ergebnismrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		<u>56 788 448,93</u>			<u>55 195</u>
cb) andere Ergebnismrücklagen		<u>297 900 000,00</u>			<u>290 750</u>
cc)	-		<u>354 688 448,93</u>		-
d) Bilanzgewinn			<u>15 254 450,66</u>	<u>606 276 866,90</u>	<u>15 476</u>
Summe der Passiva				<u>11 983 099 348,10</u>	<u>11 590 810</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			<u>3 727 865,65</u>		<u>4 319</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	<u>3 727 865,65</u>	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			<u>64 970 155,45</u>		<u>89 203</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>468 216 604,84</u>	<u>533 186 760,29</u>	<u>410 661</u>
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2025

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		220 493 650,87			220 983
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		13 882 149,13	234 375 800,00		9 492
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	-				(-)
2. Zinsaufwendungen			-99 492 167,33	134 883 632,67	-104 670
darunter: erhaltene negative Zinsen	-				(8)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		23 649 067,14			3 362
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		1 091 840,00			1 092
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-	24 740 907,14		93
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge		52 410 642,61			56 869
6. Provisionsaufwendungen		-17 547 241,76		34 863 400,85	-13 657
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				8 447 247,03	6 835
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-50 597 722,36			-46 371
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-12 680 498,19	-63 278 220,55		-11 672
darunter: für Altersversorgung	-3 231 202,18				(-3 244)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-64 136 322,79	-127 414 543,34	-57 453
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-4 156 488,31	-4 723
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-4 461 948,60	-3 587
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-2 014 155,93			(-1 986)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-16 965 984,98		-6 657
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	-16 965 984,98	-
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			307 266,09	307 266,09	1 884
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				50 243 488,55	51 820
20. Außerordentliche Erträge			-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-		-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-16 944 648,33			-20 282
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		-44 389,56		-16 989 037,89	-62
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-18 000 000,00	-16 000
25. Jahresüberschuss				15 254 450,66	15 476
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				15 254 450,66	15 476
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				15 254 450,66	15 476
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
29. Bilanzgewinn				15 254 450,66	15 476

3. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank Südwest eG, Mainz, ist beim Amtsgericht Mainz unter der Genossenschaftsregister-Nummer 205 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

In der Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit dem Nennwert ausgewiesen. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungsbetrag und höherem Nennwert wurden - sofern Zinscharakter vorliegt - in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten bzw. Unterschiedsbeträge zwischen höherem Auszahlungsbetrag und dem Nennwert in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Den latenten Risiken wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen gem. IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt über ein Expected-Credit-Loss-Modell, bei dem ein erwarteter Verlust über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ermittelt wird.

Die Berechnung des erwarteten Verlustes erfolgt unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt für alle unter der Bilanzposition Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäften sowie für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverpflichtungen und anderen Verpflichtungen (einschließlich unwiderruflicher Kreditzusagen). Im Hinblick auf unwiderrufliche Kreditzusagen und Eventualverpflichtungen erfolgt die bilanzielle Erfassung in Form einer Rückstellung.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden zum Teil nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bewertet.

Der Buchwert des Anlagevermögens in A05 beträgt 275.892.474,41 EUR, der beizulegende niedrigere Zeitwert beträgt 267.553.020,00 EUR.

Der Buchwert des Anlagevermögens in A06 beträgt 1.423.553.922,41 EUR, der beizulegende niedrigere Zeitwert beträgt 1.423.553.922,41 EUR.

Wertpapierleihegeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen Wertpapierleihgeschäfte mit einem Buchwert von insgesamt 77.115.000,00 EUR. Die Sparda-Bank Südwest eG ist Entleiher dieser Papiere. Das wirtschaftliche Eigentum liegt beim Verleiher, sodass kein Ansatz in der Bilanz der Sparda-Bank Südwest eG erfolgt.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten, vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800,00 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Aktive latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere bei Beteiligungen, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapieren, Sachanlagen, sonstigen Vermögensgegenständen und Rückstellungen gegenüberstehen.

Der Berechnung der Steuerlatenzen wurden in Abhängigkeit vom Zeitpunkt, in dem sich die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Wertansätzen voraussichtlich abbauen, Steuersätze von 26,43 % bis 31,71 % für Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und inkl. Gewerbesteuer zugrunde gelegt. Hierbei wurde die stufenweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes aufgrund des Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland berücksichtigt.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der 'Richttafeln 2018 G' (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels modifiziertem Teilwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert.

Es wurden ein langfristiger Lohn- und Gehaltstrend für unterschiedliche Arbeitnehmergruppen in Höhe von 2,5 % und 3 % berücksichtigt und zusätzlich eine Rentendynamik in Höhe von 2 - 6,12 % zugrunde gelegt.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 2,06 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2025 ermittelten Zinssatzes). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein negativer Unterschiedsbetrag von 1 227 622 EUR, entsprechend entfällt die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrugen 24.749.144,38 EUR.

Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 21.807.782,47 EUR.

Zur Rückdeckung von nicht versicherungsgebundenen Altersversorgungszusagen wurden Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen. Nach Maßgabe des IDW RH FAB 1.021 werden für die kongruente Bewertung die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen mit dem korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung nach dem Primat der Aktivseite bewertet. Die Bewertung erfolgte anhand dem von der Versicherung gemeldeten Aktivwert. Im übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert.

Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2025 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2025 in Höhe von 468.216.604,84 EUR betreffen 468.216.604,84 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Im Falle der Passivierung einer Rückstellung für noch nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen oder Eventualverbindlichkeiten wird der jeweilige Posten unter dem Strich in Höhe des zurückgestellten Betrags gekürzt.

Die widerruflichen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuches einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags).

Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	2 146 767	22 658	-	a) - b) -	2 169 425	168 815	188 196
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	24 675 781	3 723 412	-	a) - b) -	28 399 193	12 398 990	9 133 611
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	65 688 176	9 006 688	-	a) 3 957 506 b) -	70 737 358	15 321 277	10 046 742
a	92 510 724	12 752 758	-	a) 3 957 506 b) -	101 305 976	27 889 082	19 368 549

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1 958 571	-	-	-	42 039	-	2 000 610
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	15 542 170	-	-	-	458 033	-	16 000 203
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	55 641 434	-	3 881 770	-	3 656 417	-	55 416 081
a	73 142 175	-	3 881 770	-	4 156 489	-	73 416 894

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	1 583 860 872	115 585 525	1 699 446 397
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	34 332 728	-	34 332 728
Anteile an verbundenen Unternehmen	180 901	-180 901	-
b	1 618 374 501	115 404 624	1 733 779 125
Summe a und b	1 710 885 225		1 761 668 207

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1 821 719 592 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	132 365 494	215 000 000	425 000 000	80 000 000
Forderungen an Kunden (A 4)	164 110 122	287 970 714	1 433 647 294	5 580 797 921

In den Forderungen an Kunden sind 19 242 766 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 108 268 839 EUR fällig.
- In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	1 820 658 200	2 053 329 297
Schuldverschreibungen u. andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	163 378 104	73 249 515

- Wir halten Anteile an Sondervermögen sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja / Nein
Renditeerwartung	1 423 553 922	1 435 171 015	11 617 093	20 031 512	Ja

Auf die im Anlagevermögen ausgewiesenen Wertpapiere wurden keine Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB vorgenommen. Die Wertminderungen werden von uns als voraussichtlich nicht dauerhaft beurteilt.

- Die Genossenschaft besitzt keine Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht.
- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
DZ BANK AG, Frankfurt am Main					
Einzelabschluss	0,1999	2024	10 735 097 055	2024	424 480 830
Summacom GmbH & Co. KG, St. Ingbert	25,0000	2025	3 728 032	2025	670 689

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	766 761 375	733 484 712	33 276 663	195 761 403
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	113 949 167	-	113 949 167	-

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	12 028 896
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	15 321 277

- Bei den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Rückdeckungsversicherung der DEVK	12 021 690
Provisionsansprüche	10 886 277

- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 3 Forderungen gegenüber Kreditinstituten	50 823 260	-
A 5 Festverzinsliche Wertpapiere	23 500 000	23 500 000

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 673 259 400 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	35 868 418	10 803 762	77 352 631	630 832 257
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	37 500	64 542 021	12 488 384	-
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	550 876 094	1 535 549 734	99 510 874	27 800 000

Anteilige Zinsen wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Bei den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
SEPA-Verrechnungskonten	15 180 104
Verbindlichkeiten VR-Payment	4 732 653
Verbindlichkeiten aus Abgeltungssteuer	2 690 106
Verbindlichkeiten Atruvia	1 843 156
Verbindlichkeiten Vermittlerprovisionen	1 501 616

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	660 186 286	688 931 911
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	76 932	76 285

- Die im gezeichneten Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR
Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	195 228 384
b) der ausscheidenden Mitglieder	5 479 864
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	340 444
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR 312

- Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 1. Januar 2025	55 195 372	290 750 000	35 285 275
Einstellungen			
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	1 593 077	7 150 000	-
Stand 31. Dezember 2025	56 788 449	297 900 000	35 285 275

Der Vorstand schlägt den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 4,000 %	7 408 957,42
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	1 645 493,24
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	6 200 000,00
Insgesamt	15 254 450,66

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperzte Unterschiedsbetrag entfällt, da sich im Geschäftsjahr ein negativer Unterschiedsbetrag von 1.227.622 EUR ergibt.

Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nichthandelsbestand

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) folgender Art: Zinsswaps und Zinsabgrenzungsvereinbarungen in Höhe von 2.095.000 TEUR (Akt. Barwert Swaps 134.040 TEUR) wurden zu Absicherungszwecken geschlossen. Sie dienen insbesondere der Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos und zur Vermeidung der Risiken, die sich aus Marktpreisschwankungen ergeben. Auf eine Marktbewertung wurde daher verzichtet.

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

(einschließlich der in Bewertungseinheiten einbezogenen Derivate und einschließlich der in strukturierte Finanzinstrumente eingebetteten und getrennt bilanzierten Derivate).

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen) die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressausfallrisiken sind als ungewichtete Kreditrisikoäquivalente entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Angabe in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	105,0	66,0	1 924,0	2 095,0	164,4	-15,2

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfolgte bei Zinsswap-Vereinbarungen durch Diskontierung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme auf den Abschlussstichtag.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Die Provisionserträge aus für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, resultieren insbesondere aus der Vermittlung von Investmentfonds / Zertifikaten, Bausparverträgen und Versicherungsverträgen.

E. Sonstige Angaben

• Pfandbriefe

Die Sparda-Bank Südwest eG ist seit dem 08.07.2019 Pfandbriefbank.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgeführt.

Da die Sparda-Bank Südwest eG das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	-		-	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	1 995 619 592	1 995 619 592	2 227 683 583	2 227 683 583
darunter:				
täglich fällig	1 143 254 098		1 048 122 526	

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	5 114 423 625		4 893 987 331	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	2 371 345 192	7 485 768 817	2 293 575 476	7 187 562 807

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions - und Darlehensgeschäft	-	-	-	-
b) andere	2 727 134	2 727 134	2 656 629	2 656 629

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	81 532 395	-	81 532 459	-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-	-	-	-
c) andere Verbindlichkeiten	673 324 673	754 857 068	697 026 653	778 559 112

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	28 045 155	-	17 959 130
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-	-	-	-
c) Spareinlagen	-	-	-	-
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1 269 951 151	-	1 328 655 726	-
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist mehr als drei Monate	49 022 750	1 318 973 901	74 505 552	1 403 161 278
d) andere Verbindlichkeiten	-	8 872 419 385	-	8 435 106 929
darunter:	-	-	-	-
täglich fällig	6 658 682 683	-	6 274 597 757	-
Summe	-	10 219 438 441	-	9 856 227 337

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Schuldverschreibungen	-	-	-	-
aa) Hypothekenpfandbriefe	-	-	-	-
ab) Öffentliche Pfandbriefe	-	-	-	-
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	-	-	-	-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-	-	-
darunter	-	-	-	-
Geldmarktpapiere	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	-	-	-	-
b) andere	132 558	132 558	133 669	133 669

- Angaben nach § 28 PfandBG zum Hypothekendarpfandbriefumlauf

Angaben zu Gesamtbetrag und Laufzeitstruktur (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress ¹⁾	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Gesamtbetrag des Darfandbriefumlaufs inkl. Derivate	107,80	97,80	110,52	103,67	94,16	86,82
davon Derivate	-	-	-	-	-	-
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	394,90	384,70	373,13	373,14	310,82	307,70
davon Derivate	-	-	-	-	-	-
Überdeckung in %	266,33	293,35	237,60	259,92	230,11	254,42
Überdeckung	287,10	286,90	262,61	269,47	216,66	220,88
Gesetzliche Überdeckung ²⁾	4,35	4,09	2,21	2,07		
Vertragliche Überdeckung	-	-	-	-		
Freiwillige Überdeckung	282,76	282,81	260,40	267,40		

¹⁾ Sowohl die Ermittlung des Risikobarwerts als auch des Währungsstresses erfolgt statisch.

²⁾ Die gesetzliche Überdeckungserfordernis setzt sich aus der barwertigen sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 DarfandBG und der nennwertigen sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 2 DarfandBG zusammen.

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 und 5 DarfandBG Laufzeitstruktur, Zinsbindungsfrist und Fälligkeitsverschiebung	Darfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung ³⁾	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
bis zu sechs Monate	10,00	-	4,07	4,23	-	-
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten	-	-	3,63	2,93	-	-
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	-	10,00	15,37	17,22	10,00	-
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	-	-	8,28	3,71	-	-
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	-	-	22,34	24,24	-	10,00
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	-	-	17,67	22,54	-	-
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	20,00	-	13,66	17,81	-	-
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	60,00	70,00	153,34	141,81	70,00	70,00
über 10 Jahre	17,80	17,80	156,55	150,22	27,80	17,80

³⁾ Auswirkungen einer Fälligkeitsverschiebung auf die Laufzeitenstruktur der Darfandbriefe / Verschiebungsszenario 12 Monate.

§ 28 Abs. 1 Nr. 5 PfandBG Informationen zur Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG	31.12.2025	31.12.2024
Voraussetzungen für die Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG	Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.	Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.

Befugnisse des Sachwalters bei Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG	Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit. Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entscheidet sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen. Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG	Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit. Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entscheidet sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen. Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.
--	---	--

§ 28 Abs. 1 Nr. 6 PfandBG Liquiditätskennzahlen	31.12.2025	31.12.2024
Absolutbetrag der von Null verschiedenen größten sich ergebenden negativen Summe in den nächsten 180 Tagen i. S. d. § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG für die Pfandbriefe (Liquiditätsbedarf)	8,32	-
Tag an dem sich die größte negative Summe ergibt	75	16
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsabdeckung)	18,45	13,04
Liquiditätsüberschuss	10,13	13,03

§ 28 Abs. 1 Nr. 13 PfandBG Kennzahlen	31.12.2025	31.12.2024
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	100,00 %	100,00 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00 %	100,00 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung)	Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		Zinsstress-Barwert des Pfandbriefumlaufs	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Fremdwährung	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung)	Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Fremdwährung	-	-	-	-	-	-

Zusammensetzung der ordentlichen Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen	31.12.2025	31.12.2024
bis zu 300 Tsd. €	273,95	269,91
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	100,79	85,62
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio. €	1,17	1,17
mehr als 10 Mio. €	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I)	31.12.2025	31.12.2024
wohnwirtschaftlich	375,90	356,70
gewerblich	-	-
§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II)	31.12.2025	31.12.2024
Staat		
Bundesrepublik Deutschland		
Eigentumswohnungen	48,54	49,92
Ein- und Zweifamilienhäuser	315,19	294,20
Mehrfamilienhäuser	12,18	12,52
Bürogebäude	-	-
Handelsgebäude	-	-
Industriegebäude	-	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	-	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	0,07
Summe	375,91	356,71

Weitere Kennzahlen		31.12.2025	31.12.2024
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen nach § 12 Abs. 1 PfandBG, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Werte nach § 19 Abs. 1 PfandBG, die die Grenzen nach § 19 Abs. 1 Satz 7 PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	in Jahren	4,62	3,84
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	55,28	55,39
ordentliche Deckung (nominal)	in Mio. EUR	375,90	356,70
Anteil am Gesamtumlauf	in %	348,71	364,72

Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 12 PfandBG			
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten	31.12.2025	31.12.2024	
§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	-	
§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	-	-	
§ 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	-	-	

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 a) und b) PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Staat				
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 a) bis c) PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Staat				
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	
	31.12.2025	31.12.2024
Staat		
Frankreich	10,00	10,00
Luxemburg	4,00	4,00
EU-Institutionen	5,00	-
Summe	19,00	14,00

§ 28 Abs.1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG	Summe	
Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	31.12.2025	31.12.2024
Staat		
Frankreich	10,00	10,00
Luxemburg	4,00	4,00
EU-Institutionen	5,00	-
Summe	19,00	14,00

Weitere Kennzahlen

Kennzahlen nach § 28 Abs. 1 Nr. 7 PfandBG	31.12.2025	31.12.2024
Anteil der Derivategeschäfte an den Deckungsmassen gemäß § 19 (1) Nr. 1 (Bonitätsstufe 3)	- %	- %
Anteil der Derivategeschäfte an den Deckungsmassen gemäß § 19 (1) Nr. 2c (Bonitätsstufe 2)	- %	- %
Anteil der Derivategeschäfte an den Deckungsmassen gemäß § 19 (1) Nr. 3d (Bonitätsstufe 1)	- %	- %
Anteil der Derivategeschäfte an den zu deckenden Verbindlichkeiten gemäß § 19 (1) Nr. 1 (Bonitätsstufe 3)	- %	- %
Anteil der Derivategeschäfte an den zu deckenden Verbindlichkeiten gemäß § 19 (1) Nr. 2c (Bonitätsstufe 2)	- %	- %
Anteil der Derivategeschäfte an den zu deckenden Verbindlichkeiten gemäß § 19 (1) Nr. 3d (Bonitätsstufe 1)	- %	- %

Übersicht über rückständige Leistungen (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 15 PfandBG	31.12.2025	31.12.2024
Anteil der rückständigen Deckungswerte gemäß Art. 178 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	- %	- %

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	
Staat	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

ISIN-Liste der Inhaberpapiere

§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG ISIN-Liste nach Pfandbriefgattung (nur Inhaberpfandbriefe)	
31.12.2025	31.12.2024
keine	keine

Anhang des Jahresabschlusses

§ 28 Abs. 2 Nr. 5 PfandBG	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigem Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-	-	-	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Mio. EUR)	-	-	-	-

Die im Deckungsregister aufgeführten Realkredite in Höhe von 375,90 Mio. EUR werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die zur Deckung dienenden Wertpapiere in Höhe von 19 Mio. EUR (Nominalvolumen) sind in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

- An die Mitglieder des Vorstands wurden Gesamtbezüge gewährt in Höhe von 2 029 784 EUR.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen 453 890 EUR.

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene betrugen 2 145 851 EUR

- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2025 Pensionsrückstellungen in Höhe von 42 082 639 EUR.
- Am Bilanzstichtag betrugen die Forderungen sowie die Verpflichtungen aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	<u>362 355</u>
Mitglieder des Aufsichtsrats	<u>1 106 057</u>

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. aus der Zugehörigkeit zum Garantieverbund durch Abgabe einer Garantieerklärung in Höhe von 19 530 661 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Die Zahl der im Jahr 2025 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	<u>Vollzeitbeschäftigte</u>	<u>Teilzeitbeschäftigte</u>
Kaufmännische Mitarbeiter	<u>479,00</u>	<u>244,50</u>

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

Anfang	2025
Zugang	2025
Abgang	2025
Ende	2025

Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
414 900	3 308 969
3 079	557 635
14 135	112 206
403 844	3 754 398

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um

EUR 23 161 996

Höhe des Geschäftsanteils EUR 52

Höhe der Haftsumme EUR -

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e.V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main

- Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter / Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Manfred Stang	Aufsichtsrat	Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

- Mitglieder des Vorstands

Manfred Stang	Vorsitzender	Geschäftsleiter
Frank Jakob	stellv. Vorsitzender	Geschäftsleiter
Tobias Meurer	stellv. Vorsitzender	Geschäftsleiter
Silke Schneider-Wild		Geschäftsleiterin

- Mitglieder des Aufsichtsrats

Ulrich Schmidt	Vorsitzender	(ab 17.06.2025)	Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Stellvertretender Vorsitzender des Geschäftsfeld- Betriebsrats DB Cargo AG
Gitta Wild	Vorsitzende	(bis 17.06.2025)	Rechtsanwältin Senior Referentin Gesamtbetriebsrat DB Cargo AG
Michael Hattemer	stellv. Vorsitzender		Bankkaufmann
Hugo Müller	stellv. Vorsitzender		Landespolizeivizepräsident a.D.
Ralf Damde			Vize-Vorsitzender Gesamtbetriebsrat der DB Regio Schiene / Bus
Anna Gabler			Ingenieurin
Thomas Huck			Rentner
Patrick Kockler			Bankkaufmann
Ulrich Möhler			Rentner
Ruben Schölles			Rechtsanwalt, EDV-Anwendungsberater
Pia Puhl			Dipl.-Betriebswirtin (FH) Industriekauffrau
Ernst Scharbach			Leitender Polizeidirektor i.R.
Michael Schneider			Bankkaufmann
Nadine Schwarzkopf			Bankfachwirtin
Michael Zapp			Bes. Personalrat BEV Mitte

Mainz, 31. Januar 2026
(Ort, Datum)

Sparda-Bank Südwest eG
(Firma der Genossenschaft)
Der Vorstand



Manfred Stang
Vorsitzender



Frank Jakob
stellv. Vorsitzender



Tobias Meurer
stellv. Vorsitzender



Silke Schneider-Wild

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2025
("Länderspezifische Berichterstattung")**

Die Sparda-Bank Südwest eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Südwest eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Südwest eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge.
Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2025 202.935 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 633,68.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 50.243 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 16.945 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die Sparda-Bank Südwest eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Südwest eG, Mainz

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Südwest eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289b bis 289e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich auch nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus

erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 7.486 Mio. EUR. Dies entspricht 62,5 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 2.349 Mio. EUR. Dies entspricht 19,6 % der Bilanzsumme. Davon werden wesentliche Teile im Jahresabschluss 2025 wie

Anlagevermögen bewertet. Durch die Bewertung wie Anlagevermögen wurden außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich nicht dauernden Wertminderungen in Höhe von 8,3 Mio. EUR vermieden. Bei der Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens liegen in einem hohen Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen zugrunde. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass wesentliche Annahmen und Parameter nicht sachgerecht berücksichtigt werden bzw. Ermessensspielräume nicht sachgerecht genutzt werden. Es besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Bestände von Wertpapieren analysiert, deren Bewertungen mit erhöhter Ermessensentscheidung behaftet sind. Anhand ausgewählter Einzelfälle haben wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Ermessensentscheidungen und genutzten Bewertungswahlrechte risikoorientiert im Hinblick auf erhöhte Bewertungsunsicherheiten nachvollzogen. Bei Verzicht auf Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei Wertpapieren des Anlagevermögens haben wir beurteilt, ob die Wertminderung lediglich von vorübergehender Natur ist. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Die von der Genossenschaft dabei herangezogenen Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des strengen bzw. gemilderten Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche

Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die

sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Stefan Werbick.

Frankfurt am Main, den 28. Mai 2026

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Stefan Werbick

Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber

Sparda-Bank Südwest eG

Fotos

Butter & Salz GmbH, Iris Maurer / Silbersalz, Oliver Rößler, Sparda-Bank Südwest eG

Sparda-Bank Südwest eG
Robert-Koch-Straße 45
55129 Mainz
www.sparda-sw.de
kontakt@sparda-sw.de

Sparda-Bank